Matthias Schartl
Die Massen auf der Straße

Schleswig-Holsteins Arbeiter im Kampf gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht 1906-1910

Wohl kaum ein anderer hat treffender und schärfer den Charakter des preußischen Abgeordnetenhauses beschrieben als Karl Liebknecht in seiner „Jungfernrede" als Abgeordneter des „Hohen Hauses" am 23.6.1909, unmittelbar nach Ende seiner Festungshaft, die ihn daran gehindert hatte, schon früher sein im Herbst 1908 erobertes Landtagsmandat wahrzunehmen:

„Ein Parlament, das nicht einmal den Wunsch hat, seine eigenen Rechte zu erweitern, ein Parlament, das sich wohl fühlt, ja stolz darauf ist, daß es kein Bedürfnis hat, seine Rechte zu vergrößern, ich glaube, daß kommt außer im preußischen Abgeordnetenhaus höchstens noch im deutschen Reichstag vor, der ja als kastriertes Parlament bezeichnet werden kann."[1]

1. Der Stein des Anstoßes — das Dreiklassenwahlrecht in Preußen

Das preußische Abgeordnetenhaus — in ihm spiegelt sich all das wider, was den preußischen Staat in seiner Ungerechtigkeit und Unmenschlichkeit gegenüber der nach sozialer und politischer Emanzipation strebenden Arbeiterbewegung auszeichnete. Schon das Wahlrecht schaltete die Arbeiter weitgehend von der politischen Einflußnahme im Staate aus.

Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus fanden als „Dreiklassenwahl" alle fünf Jahre statt. Jeder preußische Staatsbürger, sofern er Steuern zahlte, konnte sein Wahlrecht ausüben. Doch sein Stimmrecht war beschränkt. Eingeteilt in drei Klassen, so daß auf jede Abteilung ein Drittel der Gesamtsumme der Steuerbeträge fiel. Nach dem altväterlichen Grundsatz, daß derjenige, der *„die Musik zahlt, auch bestimmt, was gespielt wird", erhielt so die erste Abteilung drei Stimmen, die zweite zwei und die dritte naturgemäß nur noch eine Stimme. Zunächst mußten, da die Wahl eine indirekte war, die „Urwähler"* ihre Wahlmänner bestimmen, die dann den eigentlichen Mandatsträger auswählten.

Das heißt nichts anderes, als daß diejenigen, die die meisten Steuern zahlten, weitaus mehr Rechte besaßen als diejenigen, die sich aufgrund ihres nur mäßigen Verdienstes in der dritten Klasse befanden. Zum Beispiel hatten bei der Wahl des Jahres 1903 die 238.885 Wähler in der ersten Klasse genausoviel Gewicht wie die über 800.000 Wähler in der zweiten Klasse und die über 6 Millionen in der dritten Klasse — was dazu führte, daß die Sozialdemokratie aufgrund der ohnehin vorprogrammierten Chancenlosigkeit sich bis zu diesem Jahr gar nicht erst an den Landtagswahlen beteiligte und erst im Jahre 1907 sieben eigene Kandidaten durchbringen konnte.

Die Wahl war nicht geheim, sondern (bis zum Jahre 1903) öffentlich. Das heißt, jeder, der wählen wollte, mußte im Wahllokal vor dem versammelten Wahlvorstand seines Bezirkes laut und deutlich den Namen des Wahlmannes angeben, für den er stimmen wollte. Die öffentliche Kontrolle war stets gewährleistet, und besonders in ländlichen Gebieten traute sich wohl kaum einmal ein Landarbeiter, in Anwesenheit seines Arbeitgebers einem Sozialdemokraten die Stimme zu geben.

Eine weitere Ungerechtigkeit bestand schließlich darin, daß die ländlichen Gutsbesitzer und Landjunker in der Regel in der ersten Klasse wählen durften, obwohl sie kaum Steuern zahlten. In ländlichen Gutsbezirken z.B. wurden keine direkten

[1] zit. nach Helmut Trotnow, Karl Liebknecht. Eine politische Biographie, Köln 1980, S.122

Gemeindesteuern abverlangt, und auch die bestehenden Forderungen an Grund- oder Gebäudesteuern konnten für sie nur als niedrige Abschlagssummen gelten.

Der Einfluß der im allgemeinen konservativen ländlichen Bevölkerung wurde zudem dadurch gestärkt, daß die Wahlkreise ohne Rücksicht auf die sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen, die die Industrialisierung mit sich brachte, zugeschnitten blieben, in deren Verlauf gerade die Städte hohe Einwohnerzuwächse erzielten.Die Bevölkerungsumverteilung blieb — ähnlich wie bei der Einteilung der Reichstagswahlkreise — unberücksichtigt. Nicht verwunderlich also, daß gerade das preußische Abgeordnetenhaus konservativ beherrscht blieb und somit stets nur Stimmergebnisse im herrschaftsstabilisierenden Sinne erwartet werden konnten.[2]

Die Sozialdemokratie nahm den Kampf gegen die vorprogrammierte Ungerechtigkeit dieses Klassenwahlsystems auf. Schon in der Teilnahme an der Wahl wurde ein großartiges Agitationsmittel gesehen. Zum anderen sollte der Wahlrechtskampf mit der Mobilisierung der Arbeitermassen auf der Straße in ganz Preußen die Machtfrage stellen. Der Beschluß dazu war jedoch halbherzig, denn zahlreiche Sozialdemokraten (wie Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Franz Mehring oder Eduard Bernstein) glaubten angesichts der wahren Machtverhältnisse nicht, daß der parlamentarische oder auch nur halbwegs legale Weg zum Sozialismus führen könnte.

Der „revolutionäre Attentismus" der Parteiführung aber blieb stets virulent, die zaudernden Praktiker, zu denen aus Schleswig-Holstein u.a. Eduard Adler gehörte, behielten die Oberhand und sorgten dafür, daß die überall in Preußen stattfindenden und von ihnen nur schwer zu kontrollierenden Massendemonstrationen zwischen 1906 und 1910 im Sinne eines friedlichen Vorgehens eingedämmt wurden — aus Furcht vor neuen Ausnahmegesetzen, vor der Gegenreaktion der staatlichen Ordnungskräfte, vor allem aber aus Furcht vor den unberechenbaren Massen auf der Straße.[3]

[2] vgl. hierzu Paul Göhre, Preußischer Wahlrechtskatechismus,Berlin 1908

[3] zum Begriff vgl. Dieter Groh, Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt 1973, bes. S. 36 ff, sowie Hans Josef Steinberg, Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie. Zur Ideologie der Partei vor dem 1. Weltkrieg, Bonn 1967; zur innerparteilichen Diskussion um 1910 vgl. die Reden und Aufsätze von Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Band 2, Berlin 1972 oder von Franz Mehring, Gesammelte Schriften, Band 15, Berlin 1966 oder die oben zitierte Biographie von Helmut Trotnow über Karl Liebknecht, bes. S. 112 ff.

2. Roter Mittwoch — Roter Sonntag: Ein Vorspiel

In ganz Preußen sollten erstmalig am Sonntag den 21.Januar 1906 große Demonstrationsversammlungen gegen das Dreiklassenwahlrecht durchgeführt werden. Auch in Schleswig-Holstein, in den großen Städten Altona, Kiel, Flensburg und Neumünster wurde landauf, landab eifrig für diese Versammlungen agitiert, um dadurch den massenhaften Protest der Arbeiterklasse zum Ausdruck zu bringen. Von Seiten der Polizei und auch von seiten der bürgerlichen Gesellschaft wurde indes sofort zu Gegenmaßnahmen gegriffen, um etwaige Demonstrationszüge auf der Straße schon im Entstehen zu verhindern. Teilweise wurden die Arbeiter einzelner Betriebe davor gewarnt, an den Versammlungen teilzunehmen, wie zum Beispiel durch die staatliche Eisenbahnverwaltung, die mit empfindlichen Disziplinarmaßnahmen drohte.[4] Die Ereignisse dieses Tages sollten überschattet werden von den Straßenunruhen in der Nacht des 17.Januar in Hamburg. Ihren Ausgang hatten die Krawalle, die sich rund um den Fischmarkt und insbesondere in der Straße

„Schoppenstehl" abspielten, im direkten Anschluß an die von der Hamburger Sozialdemokratie abgehaltenen Protestversammlungen gegen die Verschlechterungen des kommunalen Wahlrechts in der Hansestadt genommen.[5]

In Hamburg hatte die Sozialdemokratie erstmals 1901 und dann 1904 mit großem Erfolg an den Bürgerschaftswahlen teilgenommen, und die führenden bürgerlichen Kreise der Hansestadt sorgten sich um Ruhe und Ordnung im Stadtparlament. Vor allem konnten sie nicht mehr, wie bisher, hinter verschlossenen Türen ihre Entscheidungen treffen, sondern unterlagen von nun an der Kontrolle der Arbeiterpartei. Daher wurde relativ schnell daran gegangen, das ohnehin den Großteil der Arbeiterbevölkerung ausschließende Wahlrecht nochmals zu verschärfen, um so die unliebsamen sozialdemokratischen Mandatsträger fernzuhalten.

Nach längeren Verhandlungen im Winter 1905/06 sollte es darüber am 17. Januar zur Abstimmung im Senat kommen, und die Sozialdemokratie der Stadt hatte auf diesen Tag hin zielgerichtet eine Agitation entfacht, die alles bisher Dagewesene in den Schatten stellte. Im Einvernehmen mit der Berliner Parteileitung hatten die ansonsten eher reformistisch eingestellten Hamburger sogar den Generalstreik beschlossen. Grundlage hierfür bot die Resolution des Jenaer Parteitages im September 1905, in der der Massenstreik als geeignete Waffe gegen reaktionäre Maßnahmen des Staates, wie z. B. das Dreiklassenwahlrecht, bezeichnet wurde. Im November 1905 war sogar eigens August Bebel angereist, um mit den Hamburgern Einzelheiten abzustimmen.

Niemand jedoch hatte mit einer derartigen Eskalation, wie sie sich dann am 17. Januar ereignete, gerechnet, und all die Aufrufe der Versammlungsredner zur Besonnenheit, all die Beschwörungen, daß man eine „disziplinierte Partei" sei, der es nicht um Aufruhr gehe, die nur effektiv demonstrieren wolle, fruchteten nichts.

In der Nacht des 16. Januar 1906 wurden in der gesamten Stadt tausende von Flugblättern verteilt und alle sozialdemokratisch gesinnten Arbeiter aufgefordert, am Nachmittag des 17. Januar machtvoll und geschlossen zu demonstrieren. Sämtliche sozialdemokratischen Arbeiter im Hafen und sonstigen Betrieben beschlossen daraufhin, die Arbeit um 14 Uhr einzustellen und zu den Versammlungen zu eilen. Der Massenstreik war da, und die Antwort der Arbeitgeber ließ nicht lange auf sich warten. So beschloß z.B. der Arbeitgeberverband der Eisen- und Metallindustrie umgehend die Aussperrung der sich an der Arbeitsniederlegung beteiligenden Arbeiter, die bis zum 22. Januar aufrechterhalten wurde.[6]

Die acht Versammlungen des Nachmittags wurden von annähernd 30.000 Menschen (teilweise wird von bis zu 50.000 gesprochen) besucht. Im Anschluß an die Kundgebungen jedoch waren die Massen nicht mehr zu halten. Sie formierten sich spontan zu Protestdemonstrationen und marschierten in geschlossenen Blöcken durch die Stadt in Richtung Rathausmarkt. Hier hatte indes die Polizei alle notwendigen Vorsichtsmaßnahmen

[4] Flensburger Nachrichten Nr.12, 16. 01. 1906

[5] zum „Schoppenstehlkrawall" vgl. Richard J. Evans, „Red Wednesday" in Hamburg. Social Democrats, police and Lumpenproletariat in the suffrage disturbances of 17 January 1906, in: Social History, Vol.4 1979, S. 1 - 33. Im Folgenden wird anhand dieses Aufsatzes nochmals kurz auf die Ereignisse eingegangen. vgl. auch LAS 301,Nr. 2327

[6] vgl. Hamburger Nachrichten Nr. 14, 18. 01. 1906

Mit Sicherheitsabstand photographiert — eine Demonstration im Hamburger „Schoppenstehlviertel". (Quelle: Museum für hamburgische Geschichte)

getroffen und das Gelände weiträumig abgesperrt. Ungefähr 500 Polizeibeamte, zu Fuß und zu Pferd, sämtlich mit den zur Niederschlagung eines erwarteten Aufstandes notwendigen Waffen bestens ausgerüstet, standen bereit.

In der im Januar früh einsetzenden Dunkelheit, gegen 6 Uhr abends, erreichten die ersten Demonstranten, sicherlich emotional stark aufgeputscht durch die Reden in den Versammlungen, durch die Lieder, mit denen sie durch die engen Straßen der Stadt gezogen waren, teilweise auch schon leicht alkoholisiert — denn in den Versammlungen wurde Bier ausgeschenkt, und auch unterwegs hatte man sich in den zahlreich am Wege liegenden Budiken und Kneipen reichlich bedienen können — die Umgebung des Rathausmarktes, wo sie von der Polizei erwartet wurden. Schon bald wurden aus der Menge heraus Flaschen, Pflastersteine und anderes geworfen, und die Polizei, dadurch nun endgültig provoziert, ging zum Angriff über, um die Menge zu zerstreuen. Die Schlacht am Rathausmarkt begann. Immer mehr Demonstrationszüge trafen ein, die teilweise die Absperrungen durchbrochen oder aber umgangen hatten. Immer wieder wurden sie zerstreut, sammelten sich an anderen Punkten, formierten sich wieder, nur um erneut in alle Richtungen auseinander getrieben zu werden.

Am meisten Mühe hatte die Polizei dabei noch mit den neugierigen Beobachtern am Rande der Szenerie, die sich zunächst auch nur auf ihre Zuschauerrolle beschränkten, später aber mit in den Strudel der Ereignisse hineingezogen wurden und aktiv am Aufruhr mitbeteiligt waren. Der Funke sprang über. Die Polizei, die bis eben noch so ausgesehen hatte, als wäre sie jeder-

zeit „Herr der Lage", sah sich plötzlich auf dem Rückzug. Das Zurücktreiben der Masse war ihr schließlich nur noch durch Ziehen der „blanken Waffe" möglich, mit der sie in der Hand nun verstärkt vorging und rücksichtslos einhieb. Der Rathausmarkt war bald „gesäubert", die Unruhen setzten sich indes am Fischmarkt fort, und insbesondere in der Straße „Schoppenstehl" kam es zu den schlimmsten Ausschreitungen, die bis weit nach Mitternacht andauern sollten.

Die Menschen wehrten sich verbissen und stürmten immer wieder gegen die Polizisten an, warfen mit Steinen, Flaschen, Blumentöpfen, teilweise sogar mit Möbelstücken. In einer Phase der Ruhe gegen 22 Uhr wurden in der Straße am Schoppenstehl plötzlich Schaufensterscheiben zertrümmert, die Läden von der aufgebrachten Menge gestürmt und geplündert, Barrikaden errichtet, um sich so besser gegen die teilweise zu Pferd vorrückenden Beamten zu wehren. Gaslaternen waren schon zuvor durch Steinwürfe zerstört worden und die ganze Szenerie in ein gespenstisches Dunkel verwandelt. Stundenlang tobte der Kampf weiter, und erst nach Mitternacht hatte sich die Menge so weit zerstreut, daß Ruhe und Ordnung wiederhergestellt waren.

Zahlreiche Verletzte blieben auf dem Schlachtfeld zurück, Demonstranten und Polizisten. U. a. wurden 38 Demonstranten schwer, 50 weitere leicht verletzt.

Am Tage darauf begann das große Aufräumen. Der Senat erließ einige Anordnungen, um die Situation zu entspannen und weiterhin unter Kontrolle zu halten. Die Kneipen mußten so zukünftig bis auf weiteres um 18 Uhr schließen, Volksversammlungen unter freiem Himmel sollten auf keinen Fall geduldet werden. Das „Schoppenstehlviertel" wurde weiträumig abgesperrt, um Neugierige fernzuhalten, und zahlreiche, zumeist junge Leute, die am Krawall beteiligt gewesen sein sollen bzw. die man zu erkennen glaubte oder aber die denunziert wurden, wurden verhaftet.

In den bürgerlichen Zeitungen indes setzte sich die Schlacht noch eine Zeit lang weiter fort. Sämtliche rechtsstehenden bürgerlichen Blätter der Stadt meinten, in diesem Krawall nur ein Vorspiel zu sehen auf die Verhältnisse, wie sie bei der von der Sozialdemokratie „gepredigten" Revolution zu erwarten seien. Alle beschuldigten die SPD, die Hauptveranwortung für die Eskalation der Ereignisse zu tragen. Hierbei wird indes deutlich, daß sowohl bürgerliche Presse wie auch sozialdemokratische Stimmen bei der Suche nach den Schuldigen gar nicht so weit voneinander entfernt waren.

In Richtung Partei gemünzt sprach z. B. das Hamburger Fremdenblatt davon, daß sich viele Schaulustige den „Rummel" auf dem Rathausmarkt hätten ansehen wollen. Hier trafen sie dann zusammen mit dem *„Janhagel, den Halbstarken männlichen und weiblichen Geschlechts"*, die immer dabei wären, *„wenn etwas los ist"*, und so war *„der Aufruhr perfekt."* Verantwortlich seien, daran gäbe es keinen Zweifel, die von der Sozialdemokratie veranstalteten Versammlungen, denn hieraus hätten sich schließlich und endlich die Demonstrationszüge entwickelt. Resümee: *„Taten unserer Arbeiter haben wir gestern*

nicht gesehen, wohl aber Ausschreitungen des Mobs; aber auch hierfür sind die sozialdemokratischen Führer verantwortlich, denn sie haben durch ihre Reden die weniger vernünftigen Kreise der Arbeiterschaft mit dem Janhagel zusammengeschweißt und so Vorgänge provoziert, die sie vielleicht nicht gewollt haben, für die sie aber doch Verantwortung tragen."[7]

Preußische Wahlrechts-Marseillaise.

Wohlan, entrechtet Volk der Preußen,
Zum Wahlrechtskampf ruft das Signal!
Es gilt den Junkern zu entreißen
:: Das Recht der freien, gleichen Wahl! ::
Es gilt die Ketten zu zerbrechen,
Die aller Freiheit Hemmnis sind!
Nur wer ein Opfer wagt, gewinnt!
Das Volk muß jetzt ein Machtwort sprechen!
Ihr Preußen überall,
Auf, auf in großer Zahl!
:: Der Ruf erklingt, folgt seinem Schall:
„Fürs Recht der freien Wahl!" ::

Und wenn dem Junkertum verbündet
Sind Pfaff' und Industriebaron,
Beim Volk das stolze Wort doch zündet:
:: Ein Ende machen wir der Fron! ::
Ein freies Wahlrecht muß uns werden,
Direkt, geheim, für alle gleich!
Und fällt es nicht auf einen Streich,
So muß der nächste mucht'ger werden!
Ihr Preußen überall,
Auf, auf in großer Zahl!
:: Der Ruf erklingt, folgt seinem Schall:
„Fürs Recht der freien Wahl!" ::

Schon hat der erste Sieg gesessen.
Die Massen setzten sich zur Wehr',
Straßauf, straßab zog ungemessen
:: Der Demonstranten wogend Heer. ::
Doch sind noch viele zu gewinnen,
Noch Ungezählte abseits stehn;
Drum lehrt auch sie das Unrecht sehn,
Daß sie mit uns den Kampf beginnen!
Ihr Preußen überall,
Auf, auf in großer Zahl!
:: Der Ruf erklingt, folgt seinem Schall:
„Fürs Recht der freien Wahl!" ::

Das Volk der Arbeit ist zum Führer
Im Wahlrechtskampfe auserseh'n.
Wenn auch die Spitzel und die Spürer
:: Nach roten „Hebern" eifrig spähn, ::
So wollen alles wir doch wagen
Und wollen ohne Ruh' und Rast,
Ob man uns noch so grimmig haßt,
Um unser Recht uns mutig schlagen!
Wir Arbeitsbrüder all
Stehn auf in großer Zahl
:: Und festen Willens fordern wir:
Das Recht der freien Wahl! ::

Ernst Wittmack.

Im preußischen Wahlrechtskampf entstandenes Lied, verbreitet durch Flugblätter und Zeitungen

Das sozialdemokratische Hamburger Echo sprach in diesem Zusammenhang von Provokateuren, teilweise sogar ermuntert von der Polizei, die die Situation für sich ausnutzten, bzw. davon, daß die Beamten den „Mob" lange Zeit, ohne hiergegen vorzugehen, im „Schoppenstehl" ungestraft walten ließen. Auch die zahllosen Polizeispitzel in den Arbeiterkneipen konnten nirgendwo etwa Glorifizierungen der Kämpfe und Ereignisse heraushören, dafür aber umso mehr die überaus populären offiziellen Parteimeinungen über die Rolle des „Lumpenproletariats" oder die Mißbilligung der Klassenjustiz.

Anzumerken sei, daß nur ein einziger organisierter Arbeiter später auch angeklagt und verurteilt wurde, im übrigen aber eher von den sozialdemokratischen Blättern so bezeichnetes *„lichtscheues Gesindel"* vor den Schranken der Justiz abgeurteilt wurde. Lumpenproletariat, lichtscheues Gesindel, als das galten all diejenigen, die abseits der Partei standen — keine klassenbewußten und streng disziplinierten Arbeiter, wohl aber diejenigen, die als „Janhagel", „Mob" oder „Pöbel" abseits standen und allem Anschein immer darauf aus waren, Krawalle und Tumulte zu inszenieren oder für die *„eigenen dunklen Geschäfte"* auszunutzen.[8]

[7] ebd. hier zit. nach den Korrespondentenberichten aus den Flensburger Nachrichten, Nr. 15., 19. 01. 1906
[8] Evans, a. a. O. S. 15f. und S. 18 ff
[9] vgl. Leo Stern (Hg.), Die Auswirkungen der ersten russischen Revolution von 1905-1907 auf Deutschland, Berlin 1954-56

Bedingt durch diese Ereignisse waren Sozialdemokraten und Arbeiter im Lande stark verunsichert, wie es denn nun weitergehen solle. Dies trug mit dazu bei, daß die Energien für die nur vier Tage später überall stattfindenden Veranstaltungen gegen das Dreiklassenwahlrecht teilweise erlahmten. Man war erschrocken über die Exzesse, vor allem aber über das brutale Vorgehen der Polizei.

Wenn man das martialische Vorbereitungsszenario der preußischen Regierung und der örtlichen Polizeibehörden betrachtet, könnte man man sehr schnell den Eindruck gewinnen, daß das Kaiserreich kurz vor einem Bürgerkrieg stand. Mit beigetragen zu diesen Ansichten der Regierungsbehörden hatten sicherlich die Ereignisse in Rußland. Hier war es 1905/07 zu einer ersten bürgerlichen Revolution gekommen, in deren Folge das politische System des Zarenreiches eine weitgehende Liberalisierung erfuhr. Das sollte für Deutschland und Preußen unbedingt verhindert werden.[9]

Nach den Anweisungen des preußischen Innenministers und späteren Reichskanzlers Bethmann-Hollweg sollte für die erwarteten Demonstrationen in Preußen am 21. Januar die Polizei mit Armeerevolvern bewaffnet werden. Zusätzlich stand Militärhilfe überall bereit, die kurzfristig abgerufen werden konnte. Vom 10. Januar 1906 datiert eine Anweisung des Oberpräsidenten von Willmowski an den Regierungspräsidenten in Schleswig, der darauf drängte, daß allen Gesetzesübertretungen in der Provinz mit *„voller Energie"* entgegengetreten werden solle. Ohne Zeitverluste sollten zudem bei Bedarf militärische Hilfen angefordert werden.

Und Bethmann-Hollweg gab zwei Tage später schriftlich zu bedenken, daß schon im Vorwege in allen größeren Städten Preußens Anordnungen getroffen werden sollten, *„welche es ermöglichen, die aus den Versammlungen herausströmende Menge tunlichst von vornherein zu teilen, und so nach Möglichkeit zu hindern, daß sich die Teilnehmer an den Versammlungen von selber zu einem geschlossenen Zug formieren oder absichtlich zu einem solchen zusammenschließen können."*[10] Nach diesem Muster ist dann wahrscheinlich auch in Hamburg vorgegangen worden, obwohl die Stadt nicht zum preußischen Staatsgebiet zählte.

Nach den Hamburger Ereignissen wollte die Regierung um jeden Preis eine als möglich eingestufte Eskalation verhindern. So bat z.B. der schleswig-holsteinische Oberpräsident Innenminister Bethmann-Hollweg am 19. Januar darum, das Einverständnis für ein Verbot zweier für den 21. Januar in Altona ordnungsgemäß angemeldeter sozialdemokratischer Veranstaltungen zu geben. Es sei *„Zuzug des Hamburger Pöbels"* und eine Wiederholung der Exzesse in Altona mit Sicherheit anzunehmen, und dies sei mit Rücksicht auf die Sicherheit von „Hab und Gut" der Bürger Altonas zu verhindern. Andererseits stehe natürlich genügend Militär bereit, um sofort eingreifen zu können. Bethmann-Hollweg ließ dem Oberpräsidenten und dem Altonaer Bürgermeister freie Hand. Die Veranstaltungen wurden verboten. Die Beschwerden der Partei wurden vom Regierungs-

[9] hierzu und zum Folgenden vgl. LAS 301, Nr.2327

[10] Flensburger Annoncenblatt Nr. 18, 23. 1. 1906

Abbildung folgende Seite:
Auch die dänischsprachige Bevölkerung in Nordschleswig wurde aufgefordert, sich am Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht zu beteiligen, wie dieses Flugblatt vom Dezember 1905 beweist. (Quelle: Arbejderbev. Arkiv og Bibliothek, Kopenhagen)

präsidenten zunächst als unbegründet zurückgewiesen. Eine Klage vor dem Preußischen Oberverwaltungsgericht gab der Partei jedoch recht. Das Verbot wurde von den Richtern als Verstoß gegen das Vereinsgesetz bewertet.

Arbeiter und Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein aber wollten sich natürlich das Recht auf ihre Protestversammlungen nicht nehmen lassen. Aber sie verhielten sich vollkommen ruhig und diszipliniert. Nirgendwo, ob nun in Ratzeburg, Tönning, Kiel, Neumünster, Heide, Büsum, Eckernförde, Kopperpahl (Kreis Bordesholm), Apenrade, Elmschenhagen, Pinneberg, Bad Segeberg oder Flensburg, wo in zahlreichen Saalveranstaltungen gegen das Dreiklassenwahlrecht demonstriert wurde, kam es zu Ausschreitungen. Die Polizei hatte auch bestens vorgesorgt. So wurden z. B. in Flensburg extra Landgendarmen bestellt, die in großer Zahl in der Gaststätte „Schwarzer Walfisch" bereitstanden, um einzugreifen.[11]

Auch am 18.März 1906 wurden im ganzen Land wieder Veranstaltungen gegen das Dreiklassenwahlrecht abgehalten, diesmal am Tage der *„Ehrung der Märzgefallenen"*. In Neumünster, Kiel und Altona waren tausende von Arbeitern unterwegs, in den kleineren Städten der Provinz entsprechend weniger (ca. 50 bis 120 pro Versammlung), um die Redner zu hören, die überall zum Thema: *„Die bürgerliche Revolution von 1848/49 und das preußische Dreiklassenwahlrecht"* sprachen.[12]

3. Massen unterwegs

Menschenmassen auf der Straße! Spontane Demonstrationen und radikales Aufbegehren für Volksrechte und demokratische Wahlen in Preußen — und dies alles teilweise geleitet und im Namen der Sozialdemokratie veranstaltet. Schärfer wohl konnten Parteitheorie und die von der Straße her erzwungene Praxis wohl kaum aufeinanderprallen, als in der preußische Wahlrechtsbewegung zwischen 1906 und 1910. Schon die bisher geschilderten Ereignisse in Hamburg machen deutlich, welchen Gefahren sich die Parteiführung dabei ausgesetzt sah: Offizielle Parteirichtung, die stets darum bemüht war, legal Politik zu treiben und — wie noch zu zeigen sein wird — nun alles daran setzte, der Bewegung auf der Straße die radikale Schärfe zu nehmen. Massen auf der Straße, die sich in der aktuellen Situation kaum noch bändigen oder gar kontrollieren ließen. Dazwischen die säbelschwingenden Polizeioffiziere und Gendarmen.

Politische und soziale Unterdrückung als kollektive Erfahrung prägten das Leben der Arbeiter im wilhelminischen Deutschland. Die Reaktionen der staatlichen Ordnungskräfte gegen das von tiefem Rechtsbewußtsein geprägte Aufbegehren gegen diese Mißstände schweißte die Demonstranten nur noch mehr zusammen. Denn gerade in solchen Repressionsmaßnahmen kam die Klassenherrschaft des Staates auf besonders eindrucksvolle Weise zum Ausdruck.[13]

Nach 1905/1906 hatte sich die Stimmung in Deutschland wesentlich verschärft, und Arbeiter waren immer empfänglicher dafür geworden, radikaler gegen die politischen, ökonomischen und sozialen Bedrückungen vorzugehen. Reichsweit ist z.B.

[11] vgl. Anm. 10
[12] vgl. allgemein Gerhard A.Ritter, Staat, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Deutschland. Vom Vormärz bis zum Ende der Weimarer Republik, Bonn 1980, bes. S. 33ff (-68)
[13] vgl. hierzu: Dieter Groh, Negative Integration... a. a.O., S. 125 Auch die Unternehmer reagierten in dieser Phase verschärft mit dem Mittel der Aussperrung, vgl. Jürgen Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Band 4, Berlin 1967,S. 144

Til Folket i Prøjsen!

Mænd og Kvinder i Prøjsen!

Den 6. December 1906 er atter en Gang den prøjsiske Landdag traadt sammen, den Landdag, som man plejer at kalde Prøjsens „Folkerepræsentation“.

En større Humbug som denne gives der ikke. De 433 Landdagsmænd i andet Kammer, der hvert Aar samler sig i Berlin som „Folkerepræsentanter“, er ikke Tillidsmænd for Folket i Prøjsen, men de forestiller de af Junkerne og Kapitalisterne, altsaa af et forsvindende Mindretal valgte **Interesserepræsentanter.**

Efter at Revolutionen i Aaret 1848 i Prøjsen ved Borgerskabets Fejghed var „fordærvet og fortabt“, hævede Reaktionen atter Hovedet, kastede den paa Rettens Grundlag staaende lige og hemmelige Valgret i Graven til de tapre, som man havde ihjelslaaet den 18. Marts, men som havde ført Revolutionen til Sejr, og dekreterede ved Forordning af 30. Maj 1849 — altsaa en indtil den Dag i Dag med Uret bestaaende Valgret —, at enhver mandlig prøjsisk Statsborger er saakaldt Urvælger, naar han har overskredet 24-Aars-Alderen og er i Besiddelse af de borgerlige Æresrettigheder og vælger paa det Sted, hvor han i de sidste seks Maaneder har opholdt sig.

Men dermed er det ikke nok. De saakaldte Urvælgere inddeles i tre Klasser efter Grundlag af de Statsskatter, som de betaler. Siden Valgreformen i 1892/93 er der truffet den Indretning, at Skatter, som Staten ikke mere opkræver, saasom Grund-, Bygnings- og Næringsskat, dog regnes Hus- og Grundejerne samt de næringsdrivende **til gode som Skatteydelse ved Beregningen af Valgretten.** En enestaaende Lovbestemmelse, der endnu ekstra begunstiger et Mindretal. Paa den anden Side forvises de Urvælgere, der ingen Statsskat betaler — som altsaa fortjener mindre end 900 Mark om Aaret — til tredje Vælgerklasse med et antaget Skattebeløb paa 3 Mark.

Efter dette Valgsystem, der i Taabelighed og Forrykthed søger sin Lige — hvorfor ogsaa selv Bismarck i den nordtyske Rigsdag 1867 betegnede det som det jammerligste og elendigste af alle Valgsystemer — inddeles i hvert Valgdistrikt Vælgerne efter deres Skatteydelse i tre Klasser. De saa højstbeskattede — ikke sjældent er der kun en eller to af den Slags Skatteydere i et Distrikt — vælger i første Klasse; dem, der betaler den næste Tredjedel af Skatterne vælger i anden og den til overs blivende store Mængde af Vælgerne i tredje Klasse.

Skattehøjden, som adskiller Klasserne, divergerer i de enkelte Distrikter paa den utroligste Maade og fuldender saaledes **Jammerbilledet af en Valglov,** som den ikke bør være. I eet Distrikt er det f. E. tilstrækkeligt til at kunne vælge i første Klasse, naar man betaler 50 Mark Statsskat, i et andet Distrikt maa man mindst betale en Skat paa 2000 Mark for at kunne vælge i anden Klasse. **Alle Regler og enhver Maalestok stilles ved dette System bogstavelig talt paa Hovedet.**

I Almindelighed er Forholdet dette, at af hundrede Urvælgere vælger i første Klasse 2—4 Personer, i anden Klasse 4—12 Personer og i tredje Klasse Resten, altsaa 83—90 Personer de saakaldte Valgmænd, der saa paa deres Side først har at vælge Landdagsmanden.

Men da enhver Klasse har lige stor Valgret, saa kan de faa Vælgere i første og anden Klasse vælge Landdagsmanden, selv om samtlige Vælgere i tredje Klasse, altsaa langt det store Flertal af Vælgerne, slutter sig sammen for at vælge en særlig Landdagsmand. Den tredje Vælgerklasse har kun for saa vidt Betydning, som den kan bruges som Stemmekvæg til at understøtte den Kandidat, som Flertallet af første og anden Klasses Valgmænd præsenterer for den.

Med andre Ord: af de henved 9 Millioner Landdagsvælgere i Prøjsen har de ca. 220 000 Urvælgere i første og de omtrent 750 000 Urvælgere i anden Klasse **dobbelt saa megen Valgret som de tiloversblivende 8 Millioner Urvælgere i tredje Klasse!**

Kan der tænkes større Humbug end en saadan Lov til Valg af Folkerepræsentanter?

Som Følge af et saadant nederdrægtigt og bedragerisk Valgsystem var det muligt, at der ved Landdagsvalgene i Efteraaret 1903 ikke kunde sættes en eneste Landdagsmand igennem af det socialdemokratiske Parti, skønt det i 134 Valgkredse af de 264, hvori det deltog i Valget, samlede 315 000 Stemmer paa sine Kandidater, medens svagere Partier, fordi disse hovedsagelig havde Vælgerne i første og anden Klasse paa deres Side, fik Landdagsmænd in Dusinvis.

Mænd og Kvinder i Prøjsen!

Vi spørger Eder: Kan der tænkes et mere uretfærdigt og meningsløst Valgsystem?

Men hermed er dette det sørgeligste Valgsystems Skønheder endnu ikke tilstrækkeligt belyste.

I Modsætning til Rigsdagsvalgretten er Stemmeafgivningen ved Valget af Valgmænd og Landdagsmænd i Prøjsen **offentlig,** det vil sige Vælgeren maa foran Valgbestyrelsen med høj Stemme nævne Valgmændenes, respektive Landdagsmandens Navn.

Men da det store Flertal af Vælgerne befinder sig i social **afhængig** Stilling og ved offentlig Stemmeafgivning vilde forraade deres politiske Trosbekendelse, saa **foretrækker uendelig mange ikke at vælge, af Frygt for at blive afskedigede af deres Arbejdskøbere.** Saaledes gaar det til, at i de samme Distrikter, i hvilke ved Rigsdagsvalget 75—80 og endnu flere Procent af Vælgerne afgiver deres Stemmer, synker ved Landdagsvalgene Stemmeafgivningen til 15—20 Procent.

Og blandt disse aktive Vælgere vælger et stort Antal anderledes, end de vilde gøre det ved et hemmeligt Valg, f. E. Embedsmænd, Lærere, Forretningsmænd, Arbejdere i Statens Tjeneste osv., der ikke sjældent moralsk tvinges til at afgive deres Stemmer.

Saaledes nøder den bestaaende Landdagsvalgret til politisk Hykleri og desuden skabes der ved dette Valgsystem en Folkerepræsentation, der kun er valgt af en forsvindende Del af Vælgerne.

Mænd og Kvinder i Prøjsen!

Er dette ikke grov Uorden og en Skandale? Og disse af et forsvindende Mindretal valgte taler og beslutter i hele Folkets Navn.

For det tredje kommer endnu til, at siden Aaret 1849 er Valgkredsinddelingen forbleven den samme. Men da i dette Tidsrum af 56 Aar Befolkningens sociale Sammensætning og dens Fordeling er undergaaet en betydelig Forandring, saa er Følgen den, at de saakaldte **Folkerepræsentanter fra de landlige Valgkredse besidder langt mere politisk Ret end Repræsentanterne for Byerne og de industrielle Valgkredse.** Men det er de sidstnævnte, der ved deres Skattekraft og deres øvrige Ydelser fortrinsvis opretholder Staten.

Naar f. E. Valgkredsen Berlin (den højre Side af Spreefloden) tæller 375 000 Indbyggere, Valgkredsen Hechingen-Sigmaringen kun 33 400, eller Valgkredsen Bochum-Witten-Hørde 334 000 og Valgkredsen Heiligenstadt-Worbis kun 40 000 — af saadanne Eksempler kan der opregnes flere Dusin — saa er ogsaa dette **Højdepunktet af Ufornuft og Uretfærdighed.**

Fra hvilken Side man altsaa end betragter dette kostbare Treklassevalgsystem, saa forestiller det den bitreste Haan paa Ret og Retfærdighed, og en Regering og en Folkerepræsentation, der opretholder slige skrigende Misforhold, udtaler over sig selv deres moralske Dødsdom.

Men for værdig at sætte Kronen paa det hele, staar over Landdagen, andet Kammer, **Herrehuset** som første Kammer, der bestaar af de reaktionæreste og mest folkefjendtlige Repræsentanter blandt det prøjsiske Aristokrati og er sammensat af de Lag af det borgerlige Samfund, der har de største Forrettigheder.

Dette er de Bestanddele, hvoraf den saakaldte prøjsiske Folkerepræsentation er sammensat.

Mænd og Kvinder i Prøjsen!

Vil I ogsaa fremtidig lade Eder byde et saadant Misfoster af en Folkerepræsentation, der taler og handler i Eders Navn og fører Landets Love?

Vi tror, I svarer Nej og Tusinde Gange Nej! Folket i Prøjsen maa endelig en Gang vise, at det har faaet mere end nok af en slig „Folkerepræsentation“, som er et Produkt af reaktionære Magter, der er blevne overmodige. **Det maa forlange en Folkerepræsentation, der er fremgaaet af den almindelige, lige, direkte og hemmelige Valgret, som alle over 20 Aar gamle Statsborgere uden Forskel paa Køn er i Besiddelse af, og som er sammensat i Forhold til Styrken af de Partier, der deltager i Valgene.**

Mænd og Kvinder i Prøjsen!

Fra næste Søndag, den 21. Januar af, sammenkaldes der overalt i Staten Folkeforsamlinger, i hvilke der rejses Protest imod den bestaaende forrykte Tilstand, og i hvilke der skal rejses Krav paa Indførelsen af det alene retfærdige Valgsystem, den almindelige, lige, direkte og hemmelige Valgret.

Mænd og Kvinder i Prøjsen!

Iler alle hen i disse Forsamlinger! Vis, at I har faaet nok af at taale en Folkerepræsentation, der bærer et Navn, som aldeles ikke tilkommer den! Forlang, at endelig en Gang ogsaa i Prøjsen en Tilstand fjernes, der er en Skam for Staten, en Fornærmelse for Folket i Prøjsen og en Haan paa al Ret!

I har hidtil undervurderet den Betydning, som Enkeltstaternes Landdage til Trods for Rigsdagen har, ellers vilde I forlængst have fordret, at der blev gjort Ende paa en slig uværdig Tilstand.

Men denne Eders Anskuelse om Landdagens Betydning som lovgivende Korporation er fejlagtig. Landdagen har at ordne **hele Skole- og Uddannelsesvæsenet, Kirkens Stilling til Stat og Skole, Menighedskompetensen, Skattevæsenet, Sundhedsplejen og Beboelsesleilighedsvæsenet, Fattig- og Vajsenhusvæsnet, Jernbanerne og Samfærdselsmidlerne til Lands og til Vands, Forenings- og Forsamlingsretten, Bjergværkerne, Skovdriften og Domænevæsnet, Nærings- og Byggeinspektionen, Agrarlovgivningen, den samlede Statsforvaltning inklusive Rets-, Politi- og Fængselsvæsnet, Statsembedsmændenes og Statens Arbejderes Forhold** osv. osv.

Dette er Omraader af største Vigtighed for Lovgivningen og Forvaltningen, paa hvis Haandhævelse den sidste Mand og den sidste Kvinde i Folket er interesseret i allerhøjeste Grad, men som hidtil af Treklasseparlamentet behandledes paa en aldeles folke- og arbejderfjendtlig Maade. Tænk blot paa det reaktionære Skolelovsforslag, som for Tiden behandles i Treklasseparlamentet, **hvilket Forslag i første Række gaar ud paa en endnu højere Grad af præstelig Indflydelse paa Skolen og derigennem en yderligere Nedsættelse af Folkeskolens Ydelser;** tænk endvidere **paa den reaktionære Bjerglov, som i sidste Foraar vedtoges af Treklasseparlamentet og ved hvilken de mest berettigede og mest selvfølgelige Fordringer fra de prøjsiske Bjergarbejderes Side prisgaves af alle borgerlige Partier. Tænk paa den reaktionære Kommunelovgivning, ved Hjælp af hvilken ogsaa i Kommunerne Grundherren og Pengesækken hersker.**

Mænd og Kvinder i Prøjsen!

Vil I, naar I tager Hensyn til Landslovgivningen og Forvaltningen, endnu længere lægge Hænderne i Skødet og lade Tingene gaa, som Regeringen og de privilegerede Klasser vil have det? Vil I ogsaa i Fremtiden give Afkald paa Eders vigtigste Statsborgerret, der faktisk først gør Eder til fuldgyldig Statsborger? Vil I endnu videre frem vedblive at lægge Eders Interessers Repræsentation i Hænde paa Folk, der staar fjendtlig over for Eder? **I vilde have fortjent [illegible] Retsfratagelse, der overgaar Eder, hvis I ogsaa i Fremtiden længere taaler dette!**

I Østen rejser det russisk-polske Folk sig i Kamp for de dem berøvede Menneskerettigheder; i Østerrig-Ungarn kæmper Folket for Opnaaelsen af den almindelige, lige og direkte Valgret; i Saksen hærer Arbejderklassen med elementær Magt Raabet om Treklassevalgrettens Afskaffelse. **Rejs ogsaa I Eder i vældige Masser og giv ved Enstemmighed Eders Vilje til Kende. Lad ikke atter engang Timen gaa ubenyttet forbi. Il hen i Forsamlingerne, træd ind i Socialdemokratiets Organisationer, det eneste Parti, der uden Hensyntagen og uden Menneskefrygt kæmper for Friheden, Retten og Alles Velvære. Understøt den socialdemokratiske Presse ved at holde og læse den og gør den stadig mere og mere til Organ for Eders Besværinger, Eders Ønsker og Fordringer.**

Eders Løsen bør fra nu af være:

Ned med Treklassevalg-Uretten!

Leve den almindelige, lige, direkte og hemmelige Valgret!

Forlag af Fr. Bartels i Altona. — Trykt hos Chr. Haase & Co. i Kiel.

eine erhöhte Streikbereitschaft und Streiktätigkeit festzustellen, die Zahl der Arbeitskämpfe stieg sprunghaft an.[14]

Wer aber waren die Menschen auf der Straße? Zum einen klassenbewußte Arbeiter, diszipliniert und ruhig. Hinzu gesellten sich andere, die von den bürgerlichen damaligen Zeitgenossen so gerne als „lichtscheues Gesindel" bezeichnet wurden, als „Janhagel",„Mob", „Pöbel". Lassen wir einmal den Neumünsteraner Oberbürgermeister zu Worte kommen, der aus dem Blickwinkel typisch bourgeoisen Denkens, naserümpfend und verächtlich anläßlich der Ereignisse in seiner Stadt im Januar 1908 feststellte:

„Nicht die gebildeten Arbeiter seien es gewesen, sondern der Pöbel, die Radauhelden. Der ehrlich denkende und vorwärtsschreitende Arbeiter suche auf andere Weise sein Recht zu erlangen."[15]

Fundort: Der Wahre Jacob, 31. 3. 1910

Dabei kommt es immer wieder zu Tumulten und Exzessen, zu Ausschreitungen und gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei, die natürlich der Sache, um derentwillen man ursprünglich angetreten war, nicht dienlich waren und somit bürgerlichen Zeitgenossen und Kommentatoren immer wieder die Möglichkeit gaben, das eigentliche Anliegen der Demonstranten in Mißkredit zu bringen.

Der Neumünsteraner Bürgermeister weiter:

„Schuldig seien die Hetzer und Redner, die die Massen auf die Straße gebracht hätten."[16]

Unzweifelhaft war damit die Sozialdemokratie gemeint und wurden ihr stellvertretend für das allgemein vorherrschende Unvermögen der herrschenden Kreise Preußens, die Ursachen des Aufbegehrens zu sehen, die Schuld in die Schuhe geschoben. So leicht also konnte man es sich machen. Dabei waren Partei und Parteiführung in Hamburg von den Ereignissen selbst vollkommen überrascht worden, und man reagierte in dieser heiklen Situation selbst nahezu unfähig, nur darauf bedacht, Ruhe und Ordnung herzustellen und zur Disziplin auf-

[14] nach SHVZ Nr. 28, 02. 02. 1908
[15] ebd.
[16] Flensburger Nachrichten Nr. 17, 21. 01. 1906

zurufen. Die Parteileitung rief, um neue Konfrontationen zu vermeiden, sofort dazu auf, die am 21. Januar stattfindenden Versammlungen friedlich zu halten. Die Flensburger Nachrichten kommentierten diesen Aufruf, der durch sämtliche sozialdemokratischen Zeitungen verbreitet wurde, mit Genugtuung und stellten fest: *„Man wird an die Aufrichtigkeit dieser Mahnung glauben dürfen, da sie einem Gebot der politischen Klugheit entspricht."*[17]

Nein — die Sozialdemokratie hatte selbst ihre Müh und Not mit den ihr „unheimlichen" Massen. Das Dilemma soll kurz durch drei Äußerungen prominenter Parteiführer beleuchtet werden:

Auf dem preußischen Parteitag im Dezember 1904 kam es schon zu einer ersten heftigen Kontroverse über die notwendigen Maßnahmen im Wahlrechtskampf. Zu den Befürwortern einer Massenstreikstrategie zählte in vorderster Linie auch Eduard Bernstein.

„Wer einigermaßen die politische Entwicklung Preußens und auch Deutschlands in der letzten Zeit verfolgt hat, der wird sagen müssen, daß wir mit Entwicklungen rechnen müssen, wo schärfere Formen der Agitation, als bisher üblich waren, unumgänglich sein werden. ... Aber wer unser Volk und unsere Parteigeschichte kennt, der weiß, daß wir noch ungeheuer polizeifromm sind und daß wir zu starken Gebrauch von der unter Umständen berechtigten Mahnung gemacht haben: ‚Laßt Euch nicht provozieren, die Reaktion will schießen.' Es gibt auch Verhältnisse, in denen man sagen muß: ‚Laßt Euch nicht verblüffen, so schnell schießen die Preußen nicht.'... Und darum müssen wir Präziseres in Vorschlag bringen, als wir bisher gegeben haben und müssen die Überzeugung in den Massen wachrufen und wach erhalten, daß sie unter Umständen zu größeren Demonstrationen übergehen müssen, selbst zu Straßendemonstrationen, insbesondere in den großen Zentren und vor allen Dingen hier in Berlin."[18]

Seinen schärfsten Widersacher fand Bernstein im Kieler Delegierten Eduard Adler, der hier stellvertretend die Position des Parteivorstandes vertrat:

„Wenn wir auf die Straße steigen, verletzen wir das preußische Vereinsgesetz und wir müssen darauf gefaßt sein, daß wir die Polizei zum Eingreifen zwingen. Eingriff der Polizei bedeutet aber, wenn wir im Ernst auf die Straße gegangen sind, Straßenkampf. Der Straßenkampf bedeutet aber die sogenannte bewaffnete Revolution. ... Nein, wer das meint, daß der Landtag der Revolution wert ist, der irrt sich sehr. Der preußische Landtag ist nur ein Produkt der preußischen Verhältnisse, die wollen wir beseitigen. ... Aber mit Straßenrevolutionen, mit der Drohung einer Revolution, die wir nicht machen wollen und nicht machen können, vergeuden wir einen Teil unserer Kraft."[19]

August Bebel schrieb nach dem ersten eigentlichen Aufflammen des preußischen Wahlrechtskampfes im Winter 1907/08 an Victor Adler:

„Die Situation ist gespannt, und an den entscheidenden Stellen besteht die Absicht, mit allen Mitteln gegen uns loszugehen, sobald wir eine Handhabe dazu bieten."[20]

[17] zit. nach: Als die Deutschen demonstrieren lernten. Das Kulturmuster „friedliche Straßendemonstration" im preußischen Wahlrechtskampf 1908-1910, hg. von einer Projektgruppe des Ludwig-Uhland-Institut für empirische Kulturwissenschaft der Universität Tübingen, Tübingen 1986, S. 7

[18] ebd.

[19] zit. nach: Helmut Trotnow, Karl Liebknecht, a. a. O., S. 130

[20] vgl. Anm. 18

16. Jahrgang. Schleswig-Holsteinische Nr. 7.

Volks-Zeitung.

Fernsprecher Nr. 446. Organ für das arbeitende Volk. Fernsprecher Nr. 116.

Erscheint in Kiel.
Donnerstag, den 9. Januar 1908.

Bahn frei für unser Wahlrecht!

Dreiklassenwahl — welch ein Skandal!

Das Volk Altpreußens hat 1848 auf den Barrikaden gestanden, um sich ein Parlament, die Volksherrschaft zu erobern. Es hat da gestanden in Pulverdampf und unter dem Pfeifen der Kugeln. Es hat den Ausbruch der Soldaten ausgehalten, es hat geblutet und hat gesiegt! Vom Hohenzollerschlosse in Berlin herab gestand ein preußischer König dem Volke die Herrschaft zu, im Hofe des Schlosses erwies er den Toten der Barrikade die Ehre, unter dem Banner der siegreichen Revolution zog er durch die Straßen und gelobte sich der Freiheit und dem neuen Recht. Das Volk glaubte ihm. Es nahm die dargebotene Hand in dem Augenblick, wo es den Thron zerschmettern konnte. Damals wurde das erste Parlament Preußens, ein Kind der Revolution, geboren.

Später krochen Junker und Schranzen aus den Löchern, in die sie sich während der Märztage geflüchtet hatten. Sie gewannen aufs Neue das Ohr des Königs. Feigherzige Bourgeoispolitiker ließen sich von der wieder belebten Kamarilla narren und prellen, bis die Reaktion kräftig genug war, um das Parlament mit Bajonetten auseinanderzureißen. Dann flog die junge Verfassung in Fetzen zerrissen auf den Boden. Eine neue Verfassung ward von oben den hilflosen Siegern, die die einzigen Retter, die Arbeiter, von sich gestoßen hatten, aufgezwungen. Mit ihr kam das Dreiklassenwahlrecht.

Seitdem herrscht in Preußen die Reaktion. Die Reaktion führte nach Olmütz. Die Reaktion warf den schwachen Widerstand der Bourgeoisie der sechziger Jahre über den Haufen und die Reaktion ist seitdem Herr geblieben. Die echtpreußische Reaktion ist denn auch in die neuen Provinzen und damit auch nach Schleswig-Holstein importiert worden.

Das Charakteristikum, das Kennzeichen dieser halbrussischen Reaktion, die auf ganz Preußen lastet, ist die Dreiklassenwahl.

Es tut nicht not, ihren ganzen Jammer noch einmal vor unseren Lesern zu entrollen. Der sozialdemokratische Arbeiter kennt ihn. Drei künstliche Klassen, die dem Reichen geben, was sie dem Armen nehmen, ein in endlosen Widersprüchen grotesker Ausbau eines „Wahlrechtes", das kein Wahlrecht ist, das ist die Schmach Preußens.

Ausgesperrt sind die Arbeiter von der Gesetzgebung und gelähmt ist die Intelligenz des Volkes. Selbst der satte Spießer, der in das Parlament hineingerät, steht da, umwogt von den Scharen der Junker und Junkergenossen, als bedeutungsloser Strohmann. Wer das Dreiklassenwahlrecht lobt, wer das preußische Abgeordnetenhaus ein Parlament nennt, der kann ihm zugleich mit dem Wahlrecht zur dritten Duma den Lorbeerkranz winden! Ein solches Wahlrecht, ein Parlament, das daraus hervorgeht, sie können nichts sein als eine Stütze schwärzester Reaktion. An ihren Früchten könnt Ihr sie erkennen. Liebesgaben für Junker, ängstliche Fürsorge für Pfäffferei, verhängte Fenster für das Licht der Aufklärung, Gesindeordnungen, die an das Mittelalter erinnern, Kontraktbruchsgesetze, Auslieferung der Bergarbeiter an die Grubenbarone, Entrechtung der Staatsarbeiter, Umgehungen des vom Reich gewährten Koalitionsrechtes, Auslieferung der Schulen an Finsternis und Pfäffferei, allgemeines Vereinsunrecht, Vergewaltigung fremder im Lande hausender Volksteile und hartnäckiges Festklammern am Wahlunrecht, das gibt dem „Parlamente" der Dreiklassenwahl seine Signatur!

Solch eine Ruine steht immer noch in Deutschland des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts! So etwas soll nach dem Willen der preußischen Konservativen fortbestehen, während der Süden Deutschlands dessen Wahlrechte verbessert, Oldenburg sich zum Demokratenwahlrecht bekennt und selbst das Oesterreich, in dem einst Metternich herrschte, dem Geist der neuen Zeit mit dem allgemeinen gleichen und direkten Wahlrecht seinen Tribut bringt!

Soll das Dreiklassenunrecht bei uns zu Lande wirklich fortbestehen? Ist niemand da, der ihm ein Ende macht?

Freilich ist jemand da. Aber nicht der preußische Junker. Er mag den Ast nicht absägen, auf dem er sich gerettet hat. Nicht der satte Bourgeois. Er vergißt über den Brosamen, welche die gelbroten Herren für ihn abfallen lassen, daß auch er einst für die Freiheit schwärmte. Der eine, der da ist, der eine, der sich nicht zufrieden gibt, der eine, der sich nicht beugt, das ist der Arbeiter Preußens.

Die Arbeiter Preußens sind der preußische Teil der Sozialdemokratie Deutschlands. Das freie Wahlrecht ist das Zeichen, das diese im Gegenwartsstaate im Banner führt.

An der Wiege der deutschen Sozialdemokratie schon steht die glänzende Agitation für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, mit der Ferdinand Lassalle den Kult für den Klassenkampf ergehen ließ. Brandmarkung des Dreiklassenwahlrechts war das Mittel, mit dem dieser Wecker der deutschen Arbeiter die ersten Tausend an das rote Banner band.

Aus den Tausend sind Millionen geworden in Deutschland. Auch in Preußen selbst wird bald die zweite Million wahlberechtigter Sozialdemokraten vorhanden sein. So ist eine Schar entstanden, die etwas bedeutet und etwas erreichen kann, wenn ein Wollen sie begeistert.

Dies Wollen ist da. Es gilt zunächst dem Endziel, der sozialistischen Gesellschaft. Aber es gilt darum auch den Taten, die geschehen müssen, auf daß das Endziel erreichbar werde. Vor allem der Eroberung der politischen Macht! Die politische Macht kann auf politischem Wege nur mit Erfolg angestrebt werden, wenn ein freies gleiches Wahlrecht gesichert ist. Darum gilt der Wille der Sozialdemokraten Preußens dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechtes für alle, die das einundzwanzigste Jahr überschritten haben. Darum gilt ihr Haß dem großen Hemmnis auf dem Wege, dem Dreiklassenunrecht. Ihre Parole ist:

Das Dreiklassenunrecht muß fort!

Den Willen haben wir. Er kam schon zum Ausdruck, als noch Lassalle unsere Aeltesten begeisterte. Er kam wieder und immer wieder zum Ausdruck in den Versen der Arbeitermarseillaise, auf den Lippen unserer Redner, in unseren Büchern, Broschüren und Flugblättern. Ihn bekunden unsere Parteizeitungen und für ihn legen die Beschlüsse unserer Parteitage Zeugnis ab. Vom Hamburger Parteitage der deutschen Sozialdemokratie bis zum letzten Preußentage in Berlin kommt dieser Wille immer wieder und immer deutlicher und immer schärfer zum Ausdruck. Ihn bezeugten die friedlichen Versammlungen der Hunderttausende vor Jahresfrist, die der bereit gehaltenen Waffenmacht keinen Anlaß zum Einschreiten boten und unsere großen Kundgebungen im November 1907. Diesen Willen werden aufs neue bezeugen die Versammlungen, die heute, am 9. Januar, das Proletariat in ganz Preußen in Bewegung setzen.

Die um Bülow haben sich bisher in dem Traume gewiegt, wir könnten müde werden. Den Gefallen tun wir ihnen nicht. Wir werden zusammentreten, fester, freudiger und einiger als je. Stärker als je werden wir den millionenstimmigen Ruf erheben, der gewissen Leuten die Nachtruhe stören wird:

Fort mit der Dreiklassenwahl,
Her mit dem freien Wahlrecht!

Wahrscheinlich werden auch diesmal die Herren noch nicht hören wollen. Mutmaßlich wird auch dieses Pochen der preußischen Sozialdemokraten, wenn es auch kräftiger als bisher ertönt, noch nicht die verschlossenen Türen öffnen. Aber wir wollen und werden nicht müde. Wir werden eingedenk sein des Bibelwortes: Pochet an, so wird Euch aufgetan! Darum werden wir anpochen bei denen, die es angeht, und immer stärker, immer heftiger pochen. Auf das heute folgt noch ein morgen. Auf das morgen ein übermorgen! Alles hat eben seine Zeit, auch Wahlrechtskämpfe. Jedoch, wie wir heute stärker pochen werden als im November, so werden wir das nächste Mal noch deutlicher und immer wieder deutlicher und rücksichtsloser werden. Keine Ruhe wird es mehr geben, ehe wir das freie Wahlrecht bekommen. Eine Bewegung werden wir entflammen gegen die Dreiklassenwahl, wie Preußen, wie Deutschland noch keine sah. Je mehr sich die Regierenden sperren, desto schärfer gehen wir vor. Schon heute können wir den Herren verraten: der Tag und die Stunde naht, wo wir in Preußen, ja in Deutschland keine anderen politischen Fragen mehr erörtert als die eine Frage:

Wann fliegt die Dreiklassenwahl in die Wolfsschlucht?

Was unsere Brüder in Oesterreich konnten, das können wir auch. Wir werden zeigen. Darum, Genossen in Stadt und Land, macht Euch bereit! Strömt in die Versammlungen in bisher ungesehenen Massen, erhebt Eure Stimmen im ganzen Lande so laut wie noch nie! Sorgt dafür, daß am 9. Januar, abends, aus allen Ecken Preußens wie Donnerhall den Abgeordneten und den Ministern der Ruf in die Ohren dröhnt:

Ein Ende der Dreiklassenwirtschaft!

Her mit dem ganzen Wahlrecht des Volkes!

Und dann noch eins! Vergeßt auf keinen Fall: der 9. Januar ist nur ein Tag von vielen, nur eine Kundgebung in der Reihe derer, mit denen wir den Willen zum Ausdruck bringen, der uns beseelt: „Wir haben es satt, Steuern zu zahlen und das Maul zu halten! Wir sind es müde, Wasser in ein Faß ohne Boden zu schöpfen. Wir wollen unsere Gesetze selbst machen!" Jede dieser Kundgebungen muß auf alle Fälle stärker schallen und mächtiger wirken als die vorhergehende. Die Gegner dürfen nicht mehr zur Ruhe kommen. Darum, Genossen in Stadt und Land, strömt nicht nur in die Versammlungen von heute, sondern haltet Euch auch bereit für die nächsten Rufe, welche die Partei an Euch ergehen läßt. Matt werden, fern bleiben von diesen Versammlungen ist nun ein Verbrechen an der Arbeiterklasse. Tut das Eure, Genossen,

Schafft der Wahlrechtsdebatte in Berlin das nötige Echo!

Laßt das Steinchen, das da unten liberale Parlamentarier zaghaft und Rollen bringen, zur Lawine werden, die das Dreiklassenelend, dem wir im „Parlament" nicht zu Leibe können, außerhalb des Parlamentes unter sich begräbt.

Darum an die Arbeit, Genossen! Folgt den Rufen, die an Euch ergehen und beantwortet sie bis zu dem Tage, der die Erfüllung bringt, der uns den Sieg sichert, der Preußens Arbeiter zu Bürgern macht, mit dem Rufe:

Nieder die Dreiklassenwahl!

Hoch das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht!

Politische Uebersicht.

Reichstag und Landtag

treten zu diesem Mittwoch in Berlin wieder zusammen. Damit setzen auch wieder lebhafter alle großen und kleinen Kämpfe ein, die sich in dem Hauptkampf der Zeit, den um das preußische Wahlrecht gruppieren. Von größter Wichtigkeit ist zunächst die Lösung der Reichsfinanzfrage. Hierzu erfährt die „Berl. Volks-Ztg." von „besonderer Seite", daß die Regierung mit dem Plane umgehe, eine Vermögenssteuer zu schaffen, die zwar von den Einzelstaaten erhoben wird, deren Erträge aber nicht in ihre, sondern in Form erhöhter Matrikularbeiträge in die Reichskasse fließen werden". Außerdem sei eine Erhöhung der Branntweinsteuer in Aussicht genommen, während Zigarrenbanderolen- und Bierbesteuer „in Reserve gehalten" werden. Klar ist an der Nachricht der „Volks-Ztg." nur die Erhöhung der Branntweinsteuer. Wir haben schon oft hervorgehoben, daß die Erweiterung der Erbschaftssteuer oder die Einführung einer halbwegs ausgleichenden Vermögenssteuer jede Erhöhung oder Neueinführung indirekter Steuern überflüssig machen würde. Allem Rauschen nach handelt es sich aber in der Hauptsache um letztere, und die Vermögens-

Doch was tun? Übrig blieb schließlich nur, sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zu einigen, so wie dies in einer erneut eingebrachten Resolution auf dem Preußentag 1907 erfolgte. Diese lautete, in Zukunft eine Taktik der *„unbegrenzten Möglichkeiten"* festzulegen, um *„alle zu Gebote stehenden und zweckentsprechenden Mittel einzusetzen."*[21] Damit war alles, aber auch nichts gesagt. Statt weiterhin Demonstrationen aktiv zu fördern, überließ die Parteiführung die Entscheidung zunächst den lokalen Parteiorganisationen, die besonders in Schleswig-Holstein eifrig von dieser Möglichkeit Gebrauch machten. Nachdem es dabei im Jahre 1908 weiterhin zu blutigen Auseinandersetzungen mit der Polizei gekommen war, zog die Parteiführung die Zügel straffer und nahm der Bewegung zum Jahre 1910 vollends die revolutionäre Schärfe.

4. Wider den Stachel löckend. Volksbewegung und Wahlrechtsdemonstrationen im Januar 1908

Im preußischen Abgeordnetenhaus sollte am 10.Januar 1908 ein Antrag des linksliberalen Freisinns verhandelt werden, in dem dieser wesentliche Zugeständnisse im Wahlverfahren gefordert hatte (u.a. die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts). Begleitet wurden diese Anträge schon Tage zuvor von großen Wahlrechtskundgebungen und Massendemonstrationen preußischer Arbeiter unter der Führung ihrer lokalen Parteiführer.

Mit ihren Anträgen zur Wahlreform schwang sich der Freisinn zum Fürsprecher der Interessen der gesamten preußischen Bevölkerung auf (sozialdemokratische Abgeordnete waren im preußischen Landtag bislang noch nicht vertreten). Dennoch war dieses mehr Schein als Sein. Nur eine verschwindend kleine Gruppe linksliberaler Abgeordneter stand nämlich hinter den Anträgen, der Rest der Fraktion sagte seine Unterstützung nur zu, um die preußische Regierung zu einem Votum zu zwingen.

Franz Mehring notierte in der „Neuen Zeit":

„Aber freilich ist von diesem Standpunkt aus noch ein weiter Weg bis zu einem Wahlbündnis mit dem Freisinn, wie es von einzelnen Parteiblättern befürwortet wird. Ebenso wie die innere Logik dafür spricht, daß der Freisinn diesmal etwas stetiger als sonst für sein Programm eintreten wird, so spricht sie nicht minder dafür, daß er am letzten Ende doch umfallen und sich mit einer Abschlagzahlung begnügen wird, die den berechtigten Ansprüchen der Arbeiterklasse ins Gesicht schlägt..."

In einem Artikel der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung hieß es kurz und lapidar:

„Die Rechte und die Regierung ehren den Idealismus des Freisinns, dieser aber hat auch wieder den gebührenden Respekt vor der Realpolitik der Rechten und der Regierung. Man plaudert also ein wenig über die Sache und geht dann wieder in freundschaftlicher Gemeinsamkeit zu den nüchternen Geschäften über."[23]

Es kam, wie erwartet. Bülow als preußischer Ministerpräsident lehnte jegliches Entgegenkommen der Regierung kategorisch ab, warnte bei dieser Gelegenheit die Sozialdemokratie nochmals eindrucksvoll vor unüberlegten Handlungen. Doch die Bewegung gegen das Dreiklassenwahlrecht war nicht mehr zu stoppen.

[21] Die Neue Zeit, 25. Jg. 1906/07, S. 657-660, zit. nach: Franz Mehring, Gesammelte Schriften, Band 15, Berlin 1966, S. 283-287

[22] zit. nach: Franz Mehring, Gesammelte Schriften, Band 15, Berlin 1966, S. 283-287

[23] SHVZ Nr. 286, 8. 12. 1907

An die Männer und Frauen der werktätigen Bevölkerung von Altona!

Seit mehr als einem halben Jahrhundert seid Ihr als preußisches Volk politisch rechtlos. Das Wahlrecht zum Preußischen Landtag ist auf die besitzenden Klassen beschränkt.

Das ist eine ungeheure Ungerechtigkeit.

Die Zeit ist gekommen, in der diesem Unrecht ein Ende gemacht werden muß. Die Sozialdemokratie fordert das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle über 21 Jahre alten Personen auch für den Preußischen Landtag.

Am Freitag, dem 10. Januar, wird im Preußischen Landtag diese hochwichtige politische Frage behandelt werden.

Um den herrschenden Gewalten in Preußen den Willen des Volkes kund zu tun, werden am Vorabend dieser Verhandlung in ganz Preußen **große Demonstrationsversammlungen** abgehalten.

Die für Altona bestimmte Versammlung findet statt:

am Donnerstag, 9. Januar, abends 8 Uhr
in beiden Sälen des „Englischen Gartens“
Große Freiheit.

Verräter an der Sache des Volkes ist der, der in dieser Sache gleichgültig ist!

Strömt in Massen in diese Versammlung!

Anschließend an die Verhandlungen des Preußischen Landtages wird am

Sonntag, 12. Januar, mittags 11 Uhr

gleichfalls im „Englischen Garten“ eine **zweite Versammlung** stattfinden.

Denkt an den Altonaer Landtagsabgeordneten Menck, der sich sogar als Gegner des Reichstagswahlrechts aussprach. Zeigt durch starken Besuch der Versammlungen, daß dieser Mann nicht der des Volkes ist.

Die Leitung der sozialdemokratischen Partei.
J. A.: W. Sievert.

Die lokalen Parteiorganisationen, die schon vorher in zahllosen Versammlungen ihre Anhänger gesammelt hatten, organisierten erneut Protestkundgebungen, z. T. unter freiem Himmel, in deren Verlauf es auch in Schleswig-Holstein zu scharfen und bewaffneten Auseinandersetzungen mit den polizeilichen Ordnungskräften kommen sollte.

Schon im November 1907 fanden sich in zahlreichen Städten der Provinz tausende von Arbeitern zusammen, um ihren Protest gegen die Ungerechtigkeiten des preußischen Wahlrechts zu formulieren, in Apenrade, Eckernförde, Segeberg, Itzehoe, Elmshorn, Pinneberg, Bad Oldesloe, Mölln, Lauenburg, Altona oder Ottensen.[24]

In Kiel fanden zum gleichen Zeitpunkt Ende November zeitgleich vier große Versammlungen statt. Hier wie überall wurden Protestresolutionen einstimmig verabschiedet, in denen der Parteivorstand aufgefordert wurde, mit Entschiedenheit den Wahlrechtskampf voranzutreiben. *„...und sollten die Verhältnisse dazu zwingen, zu einer Demonstration aufzurufen, welche den reaktionären Gewalten in Preußen die wirtschaftliche und damit die politische Macht des fordernden Proletariats in unzweideutiger Weise zeigt. Die Versammlungen geloben, einem solchen Rufe freudigst Folge zu leisten."*[25]

Im Januar 1908 war es endlich soweit. In der Volkszeitung erschienen die ersten Aufrufe zu Demonstrationen.[26] In Altona fanden die ersten Kundgebungen (noch im Saale) bereits am 9. Januar statt. Am Vorabend hatten eifrige Agitatoren überall in der Stadt Flugblätter verteilt, in den Hausfluren abgelegt, in denen zur Teilnahme an den Versammlungen aufgefordert wurde. Diese Arbeit war nicht ungefährlich. So wurden z. B. in den frühen Morgenstunden des 9. Januar drei Personen dabei ertappt, wie sie Plakate in Ottensen an die Hauswände kleben wollten. Die drei wurden verhaftet und sollten nun wegen Vergehens gegen das preußische Preßgesetz angeklagt werden.[27]

Die Versammlungen, die überall in der Stadt angekündigt wurden, fanden regen Zulauf. In Altona, Ottensen, Stellingen, Langenfelde und Lokstedt wurden ca. 8.000 Menschen gezählt. Es wurden Petitionen verabschiedet und im Anschluß dann den zuständigen Wahlkreisabgeordneten Mencke und Graf Moltke zur Kenntnis gebracht. Alles aber verlief in großer Ruhe und Gelassenheit. Niemand ließ sich provozieren. Die Polizei beschränkte sich demzufolge nur aufs Beobachten.

Auch nachdem die Volksrechte am 10. Januar, dem Tag der Entscheidung im preußischen Abgeordnetenhaus, wieder einmal *„mit Füßen getreten worden waren"*, blieb alles ruhig und diszipliniert. In den schon erwähnten Städten sprachen Luise Zietz und Karl Frohme. Auch die Forderungen blieben im großen und ganzen friedlich. Nur in Stellingen soll der dortige Vorsitzende des Zentralwahlvereins für den 6. Reichstagswahlkreis, Jacobsen, zu bedenken gegeben haben, daß als letztes Mittel zur Durchsetzung der eigenen Forderungen auch der Generalstreik in Erwägung gezogen werden müsse.[28]

In Kiel, Flensburg und weiteren Städten der Provinz kam es ebenso schon am 9.Januar zu weiteren Protestkundgebungen,

Abbildung linke Seite:
Flugblatt zu den ersten Protestversammlungen in Altona im Januar 1908 (Quelle: LAS 309, Nr. 12535)

[24] Eine Auflistung findet sich in der SHVZ Nr. 279, 30. 11. 1907; es wurden ca. 10.000 Menschen insgesamt gezählt.
[25] SHVZ Nr. 281, 3. 12. 1907
[26] SHVZ Nr. 5, 7. 1. 1908
[27] zu den Ereignissen in Altona vgl. LAS 309, Nr. 12535
[28] ebd.

Abbildung rechte Seite:
Neben Anzeigen für Bockbier, Reclams-Universalbibliothek, einem Beerdigungsinstitut oder „eleganter Plüschgarnitur", Aufrufe zu Volksversammlungen in Schleswig-Holstein im Januar 1908.
(Quelle: letzte Seite der SHVZ Nr. 10 vom 12. 01. 1908)

bei denen wiederum annähernd 10.000 Männer und Frauen gezählt wurden.[29] Nachdem in Kiel aber anfangs die zusammenströmenden Menschen sich überaus friedlich verhalten hatten, verschärfte sich die Situation bei den Veranstaltungen am 12. Januar urplötzlich.

Zur gleichen Zeit fanden sieben Kundgebungen statt. Die beiden Versammlungen im Gewerkschaftshaus und im Englischen Garten jedoch wurden gegen 14.45 Uhr plötzlich vertagt. Die in beiden Versammlungslokalen anwesenden Menschen strömten nach draußen — nach Ansicht der Polizei war dies zuvor verabredet worden — und versuchten dort, einen geordneten Demonstrationszug zu bilden, der sich alsbald in Bewegung setzte und durch die Straßen in Richtung Schloß zu marschieren begann. Die Polizei, die gut vorbereitet war, drängte die Demonstranten bald ab, ohne daß es dabei zum Waffen- oder Schlagstockeinsatz gekommen sein soll. Wie aus dem Polizeibericht verlautet, hatten *„Verhaftungen oder Waffengebrauch nicht stattgefunden; die Menge verhielt sich ruhig. Um 5 Uhr nachmittags war das Straßenbild wieder ein völlig gewöhnliches."*[30]

Anders das Bild, das sich dem aufmerksamen Beobachter in Flensburg bot. Hier waren, wie der Korrespondent des Hamburger Echo berichtete, noch niemals zuvor so viele Menschen zusammengekommen wie am Mittag des 12. Januar 1908. Die Demonstration war eine *„ganz gewaltige. Es waren mindestens 4.000 Personen, die gegen die Antwort der preußischen Junkerregierung Protest einlegten."*[31]

Die Versammlung im in der Arbeiterschaft äußerst beliebten Veranstaltungslokal Hoheluft war auf 15 Uhr angesetzt worden. Schon um 14.30 Uhr setzte sich aus der Neustadt, dem traditionellen Wohnquartier der Arbeiterbevölkerung im Norden der Stadt, her kommend ein kleiner Demonstrationszug in Bewegung, dem sich nach und nach auf dem Wege nach Hoheluft aus Seitenstraßen und Hauseingängen kommend, wie auf ein geheimes Kommandowort, hunderte von Menschen anschlossen und schon bald in einer großen Schar in geschlossener Formation über den Hauptstraßenzug Holm — Große Straße — Südermarkt marschierten. Die Polizei, die zuvor Order erhalten hatte, Menschenansammlungen an diesem Tag nicht zu dulden, war anscheinend vollkommen überrascht. Hilflos mußten die Beamten diesem Treiben der immer bedrohlicher anschwellenden Menschenmasse zusehen, und in manchen Gesichtern der Marschierer mag sich Genugtuung und Freude über diesen gelungenen Streich, über die Demonstration der eigenen Stärke widergespiegelt haben.

Hunderte Menschen fanden in Hoheluft, wo der Reichstagskandidat und Flensburger Arbeitersekretär Peter Michelsen die Rede hielt, keinen Einlaß mehr und standen so auf der Straße und den angrenzenden Wiesen.

Drinnen im Saal führte Michelsen u.a. aus:

„Die freisinnigen Wahlkomödien sind vorübergegangen. Fürst Bülow und das Junkertum haben unsere Forderungen, unser Recht mit einem krassen Nein beantwortet. Wir wollen

[29] SHVZ Nr. 5, 7. 1. 1908
[30] nach LAS 309, Nr. 12535 und SHVZ Nr. 11, 14. 1. 1908
[31] Hamburger Echo Nr. 12, 15. 1. 1908; Die übrigen Geschehnisse in Flensburg werden nach LAS 309, Nr. 12535 geschildert.

Sonntag, den 12. Januar 1908,

nachmittags **punkt** 2 Uhr:

Volks-Versammlungen

in **Kiel** im „Gewerkschaftshaus" und „Englischen Garten"
in **Kiel-Gaarden** im „Kaisersaal" und „Germania-Eck"
in **Hassee-Winterbek** im Ballhaus „Zum Meilenstein"
in **Ellerbek** im „Schützenhof"
in **Neumühlen-Dietrichsdorf** im „Dietrichsdorfer Hof"
in **Neumünster** im „Elysium" und „Kaiserhof"
in **Rendsburg** im „Apollosaal"
in **Preetz** in der „Tonhalle".

Tagesordnung:

Die Wahlrechtsverhandlungen im preußischen Abgeordnetenhaus.

Freie Diskussion.

Die Versammlungsräume werden erst um ½2 **Uhr geöffnet,** punkt 2 Uhr nehmen die Versammlungen ihren Anfang, worauf wir ganz besonders aufmerksam machen.

Es ist Pflicht jedes aufgeklärten, organisierten, klassenbewußten Proletariers, sowie jeder Proletarierin, sich an diesem Massenaufmarsch zu beteiligen.

Eintritt 10 Pf. zur Deckung der Unkosten. **Die Einberufer.**

Nieder mit dem Dreiklassenwahlrecht!

Sonntag, den 12. Januar, nachm. 3 Uhr:

Große Protest-Versammlung

auf „Hoheluft" in **Flensburg.**

Tagesordnung:

Die Stellungnahme der bürgerlichen Parteien bei der Beratung des Wahlrechts-Antrages im preußischen Landtag. Referent: Genosse **Michelsen.**

Auf zur Wahlrechts-Protestversammlung.

Kein Arbeiter darf fehlen. **Der Einberufer.**

Reclams
weltbekannte
Universal-Bibliothek
halten wir **vollständig** auf Lager.
Kataloge gratis.
Volksbuchhandlung
Chr. Haase & Co.
Kiel, Bergstrasse 11.

Flensburg.

Elegante Plüschgarnitur
gewebter Plüsch (nicht gepreßt) ℳ 130, Salon- und Ausziehtisch, Vertikow, langer Spiegel ℳ 9, 2 engl. Bettstellen mit Federrahmen à ℳ 30, sofort zu verkaufen. Pedersen.
[illegible]

Schreib- u. Kopiertinte
Volks-Buchhandlung, Kiel, Bergstr.

Nortorf.

Orts-Krankenkasse
Nortorf.
Sonntag, 12. Jan., nachm. 4 Uhr:
Außerordentliche
Generalversammlung
in Chr. Röschmanns Gasthof.
Tagesordnung:
1. Aenderung der §§ 12, 20 und 30 des Statuts;
2. Auf Veranlassung der Aufsichtsbehörde Festsetzung höherer Beiträge;
3. Dazu nötige Kündigung der Aerztekontrolle;
4. Sonstiges.

Der Vorstand.

Itzehoe.

Hero-Margarine,
der vollkommenste Butter-Ersatz!
In den meisten einschlägigen Geschäften zu haben.
Man achte
auf den Namen
„Hero".

Gegenwärtig gelangt unser diesjähriges

Bock-Bier

in bekannter bester Qualität zum Ausstoß. — Bestellungen hierauf in **Gebinden und Flaschen** nehmen wir direkt, wie auch unsere **Bierfahrer** und unsere Herren Bierverleger **Aug. Bestmann, Wilhelm Lutter** und **H. Lindsteding** in **Lägerdorf** entgegen.

Aktien-Bierbrauerei Itzehoe
vorm. **Buhmann & Wiese,**
Telephon 172.

Erstes Kieler Beerdigungs-Institut
Gegründet 1875. **„Zur Ruhe".** Eigene Tischlerei.
Uebernahme aller Beerdigungsangelegenheiten.
Treppenstr. 3. **Leonh. Hartz,** Fernspr. 406.
Leichenfrau stets zur Verfügung.

Abbildung rechte Seite:
Schwarz von Menschen: die Schleswiger Straße vor dem Lokal „Hohe Luft" in Flensburg. Über 4.000 Arbeiter aus allen Teilen der Stadt waren hier am 12. Januar 1908 in einem „verbotenen" Demonstrationszug zusammengeströmt, um lauthals das freie Landtagswahlrecht einzuklagen. Tausende fanden keinen Einlaß und blockierten die Straße, während drinnen im Saal der Flensburger Arbeitersekretär Peter Michelsen eine flammende Rede hielt. (Bildquelle: Stadtarchiv Flensburg)

jetzt zeigen, daß wir im Stande sind, die Gesetzgebung zu zwingen, unser gefordertes Recht dennoch zu bewilligen. Die königliche Staatsregierung will die Stimme des Volkes nicht hören, deshalb müssen wir ihr auch zeigen, daß wir uns demgegenüber, wie es unser Recht fordert, verhalten werden. 85 % des Volkes haben kein Recht, sie sind nur dazu berufen, Soldat zu spielen und das Maul zu halten und 15 % reich gewordene Schlachtermeister und ähnliche Personen sind ausschlaggebend. ... ja Genossen, wir können sagen, daß wir es mit elenden Räubern zu tun haben, und wenn wir einmal auf der richtigen Straße angelangt sind, so werden wir sie in eine Irrenanstalt oder sonstwie hinschicken (Zwischenrufe: Ins Zuchthaus Afrika!). Wir haben ja auch hier gezeigt, daß wir trotz Polizeiverbot uns zusammengefunden haben."

Mit derartigen und anderen populären Floskeln versuchte Michelsen, die Menschen zu begeistern und für die gemeinsame Sache zu gewinnen. Eine Gratwanderung, denn zu weit durfte er es dabei nicht kommen lassen. Und so versuchte er auch gegen Ende der Rede, jegliche Eskalation schon im Keime zu ersticken.

„Was wollen wir jetzt tun? Soll ich euch auffordern, mit Gewalt gegen die Regierung vorzugehen; ich antworte: Nein! Der Bülow ist von uns abhängig, wir können ihn jederzeit entlassen, wann wir wollen. Wenn einmal die Telefondrähte reißen und die Telefone nicht mehr funktionieren, dann wird es dem Bülow schwer fallen, sich Hilfe herbeizuholen. Ein Mittel haben wir in der Hand, wenn wir diesen Hebel stellen, so fliegt die ganze Gesellschaft in die Luft. Wenn auch tausende Bajonette vorhanden sind, es wird jedoch der Gesellschaft in ihrem Innersten wehtun, wenn sie sich darauf setzen."

Um die Masse schließlich im Zaume zu halten, empfahl er zum Schluß, ein paar Mark für ein Telegramm an den Fürsten Bülow zu opfern, in dem dann der Protest der Flensburger Arbeiter zum Ausdruck kommen sollte, *„sowie die Worte hineinzutun, daß, wenn er nicht auf unsere Forderung eingehe, er seine Stellung verlassen möge."*[32]

Die Versammlung war alsbald zu Ende. Ruhig und gelassen strömten die Arbeiter wieder nach draußen, und diszipliniert und wohlgeordnet setzte sich erneut der Demonstrationszug — diesmal in umgekehrter Richtung — zur Stadt hin in Bewegung.

Die Polizei aber hatte nun besser vorgesorgt. Verstärkung war eingetroffen. Gemeinsam sorgten 14 Polizeisergeanten und Wachtmeister dafür, daß der Zug nicht in die Stadt gelangen konnte. Nach eindringlicher Ermahnung gab die Menge die Straße frei und marschierte nun, hübsch einer hinter dem anderen, auf den Fußwegen weiter, am Landratsamt in der Waitzstraße vorbei, wo es nochmals zu einem kurzen Aufenthalt kam und Rufe gegen die Regierungspolitik laut wurden. Über den Südermarkt wälzte sich dann die immer noch über tausendköpfige Menge ruhig dem Norden zu.

Trotz all dieser auch in hektischen Phasen disziplinierten Haltung der Arbeiter scheinen die Polizeibeamten sehr nervös

[32] LAS 309, Nr. 12535; die Rede überlieferte ein eifrig mitstenografierender Polizeibeamter, der die Versammlung überwachte.

gewesen zu sein. Oftmals sollen einige Beamte rastlos hin und her geeilt sein, um irgendwelche Übeltäter doch noch zu sistieren, nachdem aus der Menge ein über das andere Mal Parolen laut geworden waren.[33]

Auch in anderen Städten Schleswig-Holsteins, wie in Preetz oder in Rendsburg, kam es zu spontanen Demonstrationszügen quer durch den gesamten Ort. In Rendsburg bewegte sich z. B. der Zug vom Veranstaltungsort (Apollo-Saal) durch die Hohe Straße und Jungfernstieg zum Paradeplatz, wo versucht wurde, dem Landrat eine Protestresolution zu überbringen.[34] Nirgendwo jedoch in Preußen eskalierten die Ereignisse so sehr, wie am späten Nachmittag des 12.Januar 1908 in Neumünster.[35]

Dabei begann alles recht harmlos. Am Mittag des 12.Januar hatten sich in den Lokalen Kaiserhof und Elysium ca. 2.000 Menschen versammelt, um auf diese Weise ihren Protest gegen die Regierungspolitik zum Ausdruck zu bringen. Wie der Polizeibericht hervorhebt, wurden dann scheinbar nach vorhergehender Verabredung beide Versammlungen gleichzeitig beendet, und unter weiteren Losungen, darunter der, zur Wohnung des Oberbürgermeisters zu ziehen, in geschlossenem Zug quer durch die Stadt aufgebrochen. Eine solche Provokation jedoch wollte die Polizei nicht kampflos hinnehmen. Sie erschien postwendend mit einem großen Aufgebot eilends herbeizitierter Schutzleute auf dem Platz, um die Menge zu zerstreuen, die auf ca. 1.500 bis 2.000 Männer, Frauen und Kinder angeschwollen war.

Die Aufforderung zum Auseinandergehen wurde zunächst willig befolgt, so daß vom Einsatz der Waffen noch abgesehen wurde. Inzwischen hatte sich auf dem Großflecken die Menge erneut versammelt, einige andere sollen durch Nebenstraßen in den Garten des Oberbürgermeisters vorgedrungen sein. Nun vollends verunsichert und provoziert durch die Kampflieder schmetternde und laute Parolen schreiende Menge, gab der diensthabende Polizeioffizier den Befehl: *„Säbel heraus! Einhauen!"*

„Die Waffe ist mit Nachdruck scharf gebraucht worden, Kopfhiebe sind jedoch vermieden worden," bemerkte lakonisch der Polizeibericht. *„Die Menge wurde mit der Waffe auseinandergetrieben. Kurz darauf kam es an derselben Stelle wieder zu Menschenansammlungen und da auch jetzt wieder der dreimaligen Aufforderung des Polizeikommisars zum Auseinandergehen keine Folge geleistet wurde, mußte die Menge wiederum mit der blanken Waffe auseinandergetrieben werden."*

Damit waren Ruhe und Ordnung erst einmal wieder hergestellt. Ein kurzes parlamentarisches Nachspiel im Stadtverordnetenkollegium der Stadt brachte keine Erkenntnisse zutage über ein etwaiges Fehlverhalten der Polizeiführung, trotz wütender Proteste der Sozialdemokratie und auch manch kritischer Worte liberaler Stadtvertreter.

Die führenden Kreise der Stadt hatten ihre eigenen Schlüsse aus den Ereignissen gezogen, und man sprach den sozialdemokratischen Führern eindeutig die Verantwortung zu. Demnach war die Polizei von den Tumulten zunächst vollkommen überrascht worden — auch wenn sie nicht unvorbereitet gewesen

[33] Hamburger Echo, Nr. 12, 15. 1. 1908
[34] ebd.
[35] die Ereignisse in Neumünster werden geschildert nach den Polizeiberichten in LAS 309, Nr. 12535 und SHVZ Nr. 11, 14. 1. 1908, Nr. 28, 2. 2. 1908

war. Ungeheures Pech hatten dabei die Beamten gehabt, die die Saalveranstaltungen überwachen sollten. Beide waren nämlich von den herausströmenden Menschenmassen so eingekeilt worden, daß sie nicht mehr in der Lage waren, einen Bericht über die Ereignisse weiterzuleiten. Viel zu spät hatte die draußen postierte Polizei also Meldung darüber erhalten, was sich da zusammenbraute. Und viel zu spät konnten Gegenmaßnahmen getroffen werden.

Der Polizeibericht fügte dabei an, daß die Losung zur Bildung der Demonstrationszüge von den Parteiführern gekommen sei. Im weiteren Verlauf des Geschehens wären die Menschen den Führern *„aus der Hand gekommen und diesem Umstand ist es auch zuzuschreiben, daß die Lärmszenen vor dem Rathaus beim Zusammenstoß der Massen ihren Anfang nahmen. Anscheinend hatten die Führer auch nicht damit gerechnet, daß die gesamte Polizeimannschaft aufgetreten war."*

Die Sozialdemokratie wollte diese Anschuldigungen nicht auf sich sitzen lassen, und am 17. Januar kam es zu einem weiteren Nachspiel in einer von der Partei einberufenen Versammlung im Konventgarten. Hier wurde lauthals Klage geübt über das Verhalten der Polizei, die wie in einem Rausch Dutzende von Unschuldigen und Unbeteiligten, darunter viele Frauen und Kinder, durch scharfe Säbelhiebe verletzt hatte. Am Ende wurde eine Resolution verabschiedet, in der das Verhalten der Polizei scharf verurteilt wurde und eine strenge Untersuchung mit entsprechender Bestrafung gefordert wurde. *„Als Steuerzahler und Ernährer dieser Beamten erwarten die Anwesenden eine menschliche Behandlung und protestieren mit aller Entschiedenheit gegen die rohen und unmenschlichen Gewalttaten, die einem Teil der Bevölkerung von ihnen zuteil geworden ist."*[36]

Im Verlaufe der nächsten Wochen hatten sich die Gemüter indes wieder beruhigt. Die Verhältnisse hatten sich auch durch die machtvollen Demonstrationen nicht verändern lassen. Aber die Partei hatte Flagge gezeigt, hatte nach außen hin deutlich gemacht, daß sie bereit war, den Kampf aufzunehmen. Reichskanzler Bülow warnte davor, diesen Weg weiterzugehen:

„Es ist nicht deutsche Art, die Politik auf die Straße zu tragen. ... Wir werden nicht dulden, daß Agitatoren einen Anspruch auf die Herrschaft über die Straße erheben. ... Ich warne sie, diese Bahn weiter zu verfolgen."[37]

Auch liberale Kreise machten deutlich, daß sie diesen Weg nicht unterstützen würden, wie z.B. die Flensburger Nachrichten in einem Kommentar schon am 10.Januar 1908:

„Nun wie auch die unausbleibliche Reform des Wahlrechts aussehen mag, jedenfalls wird sie nicht zu dem Zwecke unternommen, es der Sozialdemokratie zu erleichtern, auf den Trümmern des preußischen Staates die rote Fahne aufzupflanzen. Durch den Gedanken an diese Möglichkeit wird die Reform nicht gefördert, sondern behindert. Das ist eine gerechte Strafe dafür, daß der sozialdemokratische Volksteil sich dem nationalen Staate entfremdet und dessen Zweck verneint hat."[38]

Trotzdem also der tatsächlich zählbare Erfolg ausblieb, hatte die Sozialdemokratie zum ersten Mal die Existenz des Dreiklassen-

[36] SHVZ Nr. 14, 19. 1. 1908
[37] zit. nach: Als die Deutschen demonstrieren lernten, a. a. O., S. 9
[38] Flensburger Nachrichten Nr. 8, 10. 1.1908

wahlrechts in Frage gestellt und zudem ein hervorragendes Agitationsmittel für die anstehende Landtagswahl im Herbst des gleichen Jahres gefunden.

Der Wahlaufruf des Zentralwahlkomitees sagt es deutlich:

„Die Partei hat in erster Linie durch möglichst starke Wahlbeteiligung Protest zu erheben gegen ein Wahlsystem, das eine Schande für einen Staat ist, der ein Kulturstaat sein will. Jede Stimme mehr, die für uns abgegeben wird, steigert die Wucht des Protestes." [39]

Tatsächlich wurden für ganz Preußen erstmals sieben sozialdemokratische Abgeordnete gewählt. Auch in Schleswig-Holstein gelang es, die Zahl der Wahlmänner von bisher 603 auf 883 zu steigern. Zum Vergleich wurden im Kreis Flensburg nunmehr 2481 Urwählerstimmen abgegeben (gegenüber 1903 = 1.515), im Kreis Steinburg 2.738 (1.381), Kreis Pinneberg 3.658 (2.278) und Stadtkreis Kiel ca. 12.000 (6.031). In drei Kreisen gelang es sogar, in die Stichwahl zu gelangen, und zwar in Altona und Kiel, wo man jeweils dem freisinnigen und in Wandsbek-Storman, wo man dem freikonservativen Gegenkandidaten unterlegen war.[40]

5. Der Höhepunkt der Massenbewegung. Die Wahlrechtsdemonstrationen im Frühjahr 1910

Die Proteste gegen das Dreiklassenwahlrecht ebbten indes nicht ab, und auch im Winter 1909 gab es in Schleswig-Holstein wie im übrigen Preußen wieder Massenveranstaltungen, die jedoch nicht die Kraft der Versammlungen des Vorjahres aufwiesen. Es gab Demonstrationen in Flensburg (ca. 5.000 Teilnehmer), in Altona, Neumünster (2.500) und auch wieder in Kiel (ca. 8.000), nachdem es hier im Jahr zuvor am 18.März, als an weiteren 40 Orten Schleswig-Holsteins noch einmal kräftig demonstriert wurde, infolge innerparteilicher Querelen des lokalen Parteivorstandes mit dem Berliner Zentralvorstand zu keinen Aktivitäten gekommen war.[41] Den eigentlichen Höhepunkt erlebte die Kampagne der Sozialdemokratie gegen das Dreiklassenwahlrecht im Frühjahr 1910.

Nachdem im Januar 1910 wieder einmal ein Änderungsantrag der kleinen sozialdemokratischen Fraktion im Landtag brüsk abgelehnt wurde — der Vorwärts sprach von einer *„brutalen Kriegserklärung"* — stiegen die Aktivitäten wieder sprunghaft an, und in den nun folgenden Wahlrechtsdemonstrationen wurde ein Aktionismus sichtbar, wie er zuvor in der Geschichte der Sozialdemokratie noch niemals stattgefunden hatte.

In der Regel fanden die Veranstaltungen als Massenversammlungen im Saale statt. Erst zum April 1910 wagte man sich wieder auf die Straße. Die Parteiführung und die lokalen Parteiorganisationen aber hatten dabei das Heft stets fest in der Hand, kaum jemand tanzte aus der Reihe.

In Berlin und all den anderen großen Städten Preußens strömten Hunderttausende zusammen, trotz anfänglicher und auch restriktiv angewandter Verbote der Polizeibehörden. In diesem Zusammenhang sei an die legendäre Anordnung des Berliner Polizeipräsidenten Traugott von Jagow erinnert, der am 13. Februar 1910 verlauten ließ:

[39] zit. nach Norddeutscher Volkskalender für 1909

[40] Zahlenangaben aus Norddeutscher Volkskalender, a. a. O.

[41] vgl. LAS 301, Nr. 2251

„Bekanntmachung
Es wird das Recht auf die Straße verkündet.
Die Straße dient lediglich dem Verkehr.
Bei Widerstand gegen die Staatsgewalt erfolgt
Waffengebrauch.
Ich warne Neugierige."[42]

Die Polizei war angewiesen worden, alle zuvor angemeldeten Versammlungen genauestens zu überwachen und in Zweifelsfällen eine Genehmigung hierfür zu versagen. Das Recht auf die Straße aber ließen sich die Demonstranten nicht mehr nehmen. Zuviel Wut und Empörung hatten sich in der Zwischenzeit aufgestaut und suchten ein Ventil in machtvollen Straßendemonstrationen. Zudem hatten nun auch viele liberal empfindende Politiker offiziell die Regierungspolitik verurteilt und begannen, durchaus mit den Zielen der Sozialdemokratie auch mit dem Mittel der politischen Demonstration zu sympathisieren.[43]

Trotzdem war die sozialdemokratische Parteiführung nach wie vor uneinig darüber, wie der Kampf zu führen sei. Partei- und Gewerkschaftsgremien trafen sich im Vorfeld der Ereignisse viele Male und versuchten, das Heft in die Hand zu bekommen. Vor allem sollte verhindert werden, daß die Massenstreikfrage erneut auf die Tagesordnung gesetzt würde. Ein Balanceakt, denn zugleich wurde mit Parolen wie *„Nieder mit den Junkern!"* oder *„Hoch das Freie Wahlrecht!"* überall zu Massendemonstrationen aufgerufen.

Die Parteipresse aber war angewiesen worden, die Gemüter zu beruhigen, was einer Dämpfung des Wahlrechtskampfes insgesamt gleichkam, bevor er eigentlich so richtig begonnen hatte. Eine klare Strategie der Parteiführung zur Erreichung des Zieles war also nirgends auszumachen.[44]

Die Menschen marschierten trotzdem. Oftmals wurde das Polizeiverbot geschickt umgangen, wie beim Wahlrechtsspaziergang in Berlin am 13. Februar, wo es der lokalen Parteileitung gelang, über hundertausend Menschen kurzfristig von den vorher angekündigten Versammlungsorten, die allesamt polizeilich überwacht waren, umzudirigieren, um sich friedlich im Tiergarten zu versammeln.[45]

Es zeigte sich sehr deutlich, daß die Polizei angesichts der protestierenden Arbeitermassen auf den Straßen ohnmächtig zusehen mußte. Das Recht auf die Straße war erkämpft worden, und zwar in zutiefst friedlichen und alle Gesetze beachtenden Demonstrationen, trotz mancher Provokationen und Brutalitäten einzelner Polizeikräfte in Halle, Königsberg, Frankfurt und besonders in Neumünster.

Überall in Schleswig-Holstein, in den Städten und Flecken des Landes, wurde in den Monaten Januar bis April unzählige Male in eindrucksvollen Versammlungen protestiert und demonstriert. Mehrere zehntausend Menschen waren daran beteiligt, in Altona, Ottensen, Elmshorn, Stellingen, Wandsbek, Kiel, Itzehoe, Heide, Rendsburg, Schleswig, Flensburg, Husum, Preetz oder Neumünster.[46]

[42] zit. in: Als die Deutschen demonstrieren lernten, a. a. O.
[43] ebd., S. 81 f.
[44] vgl. Dieter Groh, Negative Integration...,a.a.O.,S.140
[45] vgl. Als die Deutschen demonstrieren lernten, a. a. O., S. 42f.
[46] vgl. dazu die Berichte in der SHVZ Nr.14, 18. 1. 1910; Nr. 38, 15. 2. 1910 und Nr. 95, 26. 4. 1910

HOCH
DAS FREIE
WAHLRECHT
WALTER·CRANE·
SOCIALISTS
SOCIALISTS
VERLAG:
BUCHHANDLUNG
VORWARTS·
BERLIN·SW·68·
·1910·

Wie aus dem Jahresbericht des Zentralvereins für den 6. Schleswig-Holsteinischen Reichstagswahlkreis hervorgeht, „putschte" die Wahlrechtsvorlage im preußischen Abgeordnetenhaus im Januar 1910 die Arbeiterschaft in Altona-Ottensen in bisher noch nie dagewesener Weise auf. Am 16. Januar wurden in zwei Versammlungen über 4.000 Personen gezählt. Weitere Versammlungen folgten, wie am 13. Februar in Ottensen. *„Schon lange vor Beginn derselben strömten die Arbeitermassen geschlossen aus den Bezirkslokalen (in denen man sich vorher getroffen hatte) in die Versammlungen. Begeisterte Kampfesstimmung durchflutete beide Versammlungen und äußerte sich nach Schluß in einer spontanen Straßenkundgebung."* Ebenso wurden zahlreiche Frauenversammlungen organisiert, um zu demonstrieren, daß die Frauen *„nicht abseits stehen wollten gegen die Dreiklassenschmach."* Am 6. März, dem *„Ehrentag für die Arbeiterschaft Altona-Ottensen"*, kam es zur großen Zentralkundgebung, an der über 20.000 Menschen zusammenkamen, um auf freiem Feld ihren Protest kundzutun. *„Führwahr ein erhebender Gedanke, aber auch ein Menetekel für die herrschenden Klassen."*[47]

In Elmshorn waren über 5.000 Menschen unter freiem Himmel zusammengeströmt. Auch in Glückstadt, Uetersen und in Barmstedt kamen die Massen in bisher noch nie gekanntem Ausmaß zusammen. Das ganze Land war in Bewegung.

In Kiel fanden am 16. Januar die ersten Versammlungen statt. Die Arbeiter trafen sich in den bekannten Versammlungshäusern. Zu spontanen Straßenkundgebungen kam es anfangs noch nicht. Die Menge verhielt sich diszipliniert und folgte willig den Anweisungen der lokalen Parteiführer.[48]

Am 13. Februar waren wiederum acht Versammlungen einberufen worden, die noch größeren Besuch aufwiesen. Aus drei Versammlungen heraus organsierte sich plötzlich ein gewaltiger Demonstrationszug, den die Polizei noch einmal wieder friedlich zerstreuen konnte. Ein Teil der Menge (ca. 800 Personen) versuchte dabei zum Haus des Oberbürgermeisters zu gelangen.

Um es zu keinen weiteren Eskalationen kommen zu lassen, beschloß die Kieler Parteiführung nun, jeweils entsprechende Anträge an den Magistrat zwecks Genehmigung öffentlicher Versammlungen zu richten. Für den 6. März, wo laut Antrag auf dem Wilhelmplatz und auf dem städtischen Spiel- und Sportplatz demonstriert werden sollte, wurden die Anträge schlichtweg abgelehnt, so daß man sich mit zwei Saalveranstaltungen in der „Waldwiese" und im „Meilenstein" (zwei bekannten Lokalen) begnügen mußte. Der Versuch, die Versammlungen doch noch spontan draußen zu veranstalten, wurde von der anwesenden Polizei schon im Keime erstickt. Trotzdem zogen nach Schluß der Veranstaltung ca. 4.500 Menschen ungeordnet durch die Stadt. Sie wurden aber abgedrängt und schließlich zerstreut.

Weitere Anträge für öffentliche Veranstaltungen wurden in der Folge immer wieder abgelehnt. Trotzdem aber ließen sich Arbeiter ihr Recht auf die Straße nicht nehmen. Nur wenige Tage später kam es zu blutigen Zusammenstößen nach einer Kund-

Abbildung linke Seite:
Titelblatt der zentralen Wahlrechtsbroschüre der SPD, April 1910
(Quelle: Als die Deutschen demonstrieren lernten, a. a. O. S. 110)

[47] LAS 309, Nr. 12537

[48] nach Polizeibericht in LAS 309, Nr. 12537 und SHVZ Nr. 64, 17. 3. 1910 und Nr. 95, 26. 4. 1910 und Wilhelm Brecour, Die sozialdemokratische Partei in Kiel, Nachdruck Kiel 1983, S. 81-83

An die Frauen Ottensens!

Die **elende preussische Wahlrechtsvorlage,** die ein Hohn für die aufgeklärte Arbeiterschaft bedeutet, darf auch die

Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes

nicht müßig sehen. In dem Kampfe, **dies Scheusal preußischer Reaktion** zu beseitigen, müßt Ihr mit helfen, Schulter an Schulter mit den Männern.

Auf, Ihr Frauen, Ihr doppelt Entrechteten, reiht Euch ein in das Heer der Wahlrechtskämpfer!

Zeigt durch eine **Massenbeteiligung** in der morgen stattfindenden Versammlung, daß Ihr nicht gewillt seid, länger diese Bevormundung durch die herrschenden Klassen zu ertragen.

Kämpft mit uns für das

allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht!

Donnerstag, 3. März 1910, abends 8½ Uhr:

Oeffentliche Frauen-Versammlung

im Lokale „Carlsruhe", Am Felde 5.

Tagesordnung:

Die Verhöhnung der preussischen Frauen durch die Wahlrechtsvorlage der Regierung!

Referentin: Luise Zietz, Berlin.

gebung in der „Waldwiese". Zunächst blieb alles ruhig, doch vor allen Dingen die Polizei war überrascht von der über zehntausend Köpfe zählenden Menschenmenge, die hier zusammengeströmt war. Spontan formierte sich wiederum ein Demonstrationszug, der zum Wilhelmplatz marschierte. Dort wurde immer wieder von Rednern versucht, Ansprachen zu halten. Die Menge reagierte begeistert und forderte immer lauter das allgemeine und freie Wahlrecht auch für Preußen.

50 Schutzleute versuchten gegen Abend, den Platz zu räumen. Doch die Masse war aufmüpfiger als erwartet. Immer wieder versammelten man sich erneut und ging schließlich unter Flaschen- und Steinwürfen gegen die Beamten vor. Auch ein Schuß soll gefallen sein, jedenfalls war dies der Grund für die Polizei — wie der Bericht vermerkt —, nun noch schärfer vorzugehen. Es kam zu tumultartigen Szenen. Zahlreiche Arbeiter wurden festgenommen, darunter viele Werftarbeiter, die nachmittags ihre Arbeitsstellen verlassen hatten und einen halbtägigen Streik organisierten. Diese Provokation ließen die Arbeitgeber nicht unbeantwortet und verhängten die Aussperrung der betreffenden Arbeiter.

Die Situation drohte nun vollkommen aus dem Ruder zu geraten. Den betroffenen Werftarbeitern wurde sofort solidarische Hilfe angeboten. Es wurde ein Solidaritätsfond gegründet, und die Ausgesperrten versuchten, die Kollegen der anderen Werftbetriebe auf ihre Seite hinüberzuziehen. Zahlreiche Demonstrationen wurden organisiert, die Menge zog durch die Arbeiterviertel im Osten der Stadt hin zu den einzelnen Betrieben und forderte die dort Arbeitenden auf, sich anzuschließen. Insgesamt waren 3.500 Arbeiter betroffen. Die Aussperrung wurde schließlich aufgehoben, und die Gemüter beruhigten sich wieder.

Nachdem es in der Zwischenzeit im gesamten Reichsgebiet zu weiteren Versammlungen unter freiem Himmel gekommen war, sah sich nun auch die Kieler Polizeibehörde genötigt, einem erneuten Antrag für den 8. und 10.April auf dem Sportplatz erstmals stattzugeben. Zwar wurde dieses nochmals vom Magistrat verworfen, der Erfolg der Arbeiter jedoch war nicht mehr zu verhindern. So fand zum ersten Mal am 24. April eine genehmigte öffentliche Protestkundgebung (gegen eine Sicherheitsleistung von 300.- Mark) auf dem Spiel- und Sportplatz statt. Trotz des schlechten Wetters waren ca. 12.000 Menschen zusammengekommen, um den Rednern Eduard Adler und dem Landtagsabgeordneten Borgmann (Berlin) zuzuhören. Die Menge war zuvor immer wieder aufgefordert worden, ruhig zu bleiben, um der anwesenden Polizei keinen Grund zum Einschreiten zu geben. Zudem war auch noch an einigen Stellen der Stadt Militär postiert worden, um im Notfall präsent zu sein.

Die Menge blieb ruhig und verließ den Platz in großer „*Würde*"[49], nicht ohne daß vorher noch zahlreiche Fotos gemacht wurden, um die Stärke des protestierenden Kieler Proletariats im Bilde festzuhalten.

Nicht viel anders die Situation in Flensburg, wo es am 13. Februar und am 10. April zu zwei Versammlungen gekommen

Abbildung linke Seite:
Flugblatt, gerichtet an die Frauen Ottensens zur Protestveranstaltung in Ottensen am 3. März 1910. An den für diesen Tag anberaumten Veranstaltungen wurden in Altona/Ottensen ca. 10.000 Teilnehmer geschätzt.
(Quelle: LAS 309, Nr. 12537)

[49] SHVZ Nr. 95, 26. 4. 1910

Der Wahlrechtsschacher ist bankerott! Es lebe der Wahlrechtskampf!

Die preußische Wahlrechtsvorlage ist am 27. Mai unter Hohngelächter **verworfen und verscharrt** worden.

Das Herrenhaus hatte die Spottgeburt des blau-schwarzen Blockes der „Ritter und der Heiligen" nochmals derartig verballhornt, daß sie für das Zentrum unannehmbar geworden war. Waren doch durch die **Vergrößerung der Steuerdrittelungsbezirke**, die das Herrenhaus den freikonservativen und nationalliberalen Schlotbaronen zuliebe beschlossen hatte, **auch mehrere Zentrumswahlkreise bedroht** worden. Das konnte und wollte sich das sonst

zu jedem Volksverrat nur zu willfährige Zentrum

nicht gefallen lassen. Es forderte deshalb die Wiederherstellung des Gesetzes, wie es vom blau-schwarzen Block des Abgeordnetenhauses beschlossen worden war. Und die **Konservativen**, denen zuliebe ja **das Zentrum nicht nur das gleiche**, sondern sogar das **direkte Wahlrecht preisgegeben** hatte, hielten ihrem schwarzen Kumpan die Treue: auch sie lehnten die Herrenhausbeschlüsse ab. Damit waren auch alle **Schacherkünste der Nationalliberalen vergebens**, so daß auch sie gar nicht anders konnten, als die Unentwegten zu spielen und das Gesetz abzulehnen.

Die Regierung, die sich in unsäglicher Verblendung auf die Beschlüsse des Herrenhauses festgelegt hatte, hat **eine**

blamable Niederlage

erlitten. In jedem parlamentarisch regierten Lande hätte sich damit der **Ministerpräsident v. Bethmann-Hollweg unmöglich** gemacht. In dem unreaktionären Preußen, wo ja **die Minister nur das Werkzeug einer Handvoll Großgrundbesitzer und Schlotbarone sind**, wurstelt die dem Fluche der Lächerlichkeit verfallene Regierung ruhig weiter! Sie tröstet sich in ihrem Pech mit der philosophischen Redensart, daß ja „eine Wahlreform auf einen Hieb nicht gemacht werden könne" und kündigt an, daß sie **gelegentlich eine neue Wahlrechtsvorlage einbringen** werde, doch werde sie sich

damit Zeit nehmen!

So ernst ist es der Regierung mit dem **feierlichen Wahlreformversprechen der Thronrede**, die diese Wahlreform für eine **der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart** erklärt hatte!

Freilich, die **großen Parteien** des Dreiklassenparlaments werden die Regierung auch **nicht drängen**. Sie sind schließlich **alle froh, daß nichts zustande gekommen ist**. Die **Konservativen**, weil sie ja selbst das elendeste aller Wahlsysteme mit Haut und Haaren lieber beibehalten sehen möchten, das **Zentrum**, weil auch ihm an einer Reform **nicht das mindeste liegt!** Hat es doch bei einer Wahlreform nichts zu gewinnen. Und wenn es selbst auch bei einem minder skandalösen Wahlrechte Mandatsverluste nicht zu befürchten hätte, so würden doch seine teuren

Verbündeten beim Steuerraub und der Volksverdummung,

die **Konservativen**, Haare lassen müssen! Aber auch den **Nationalliberalen** ist es nicht recht ernst mit der Wahlreform. Sie möchten zwar durch eine kleinliche Flickreform **ein paar Mandate für sich ergattern, dabei aber beileibe den entrechteten Volksmassen keine Vorteile zuschanzen!**

Weil **keine** dieser drei Parteien von einer **wirklichen** Wahlreform etwas wissen will, boten ja die parlamentarischen Wahlrechtskämpfe der letzten Monate ein so **gerade widerliches Schauspiel. Das war kein Kampf um Prinzipien, keine gerade und ehrliche Vertretung der Volksrechte**, sondern ein

Schachern und Feilschen wie in einer Trödelbude!

Trotzdem ist schließlich die Vorlage **auf den Kehrichthaufen geworfen**. Und am aufrichtigsten kann sich dessen **das entrechtete Volk** freuen! Denn nun ist

die Bahn wieder frei für den wirklichen Wahlrechtskampf!

Die herrschenden Klassen und Parteien haben bewiesen, daß sie **weder willens noch fähig** sind, eine Wahlreform zu machen. Die Regierung vollends hat sich in dem widerlichen Zank der Wahlrechtsfeinde derart **hilflos** hin und her **zerren** lassen, daß sie zum **Kindergespött** geworden ist.

Von der Regierung und den herrschenden Parteien ist **keine brauchbare Wahlreform** zu erwarten.

Sache des Volkes, Pflicht der entrechteten Massen

ist es, den Wahlrechtskampf fernerhin so zu führen, daß sie bei der künftigen Wahlreform den Ausschlag geben. **Ermannen** sich die **Massen** nicht, setzt nicht das **Volk** seine **ganze Kraft** ein, um das gleiche und direkte Wahlrecht zu erobern, so wird es auch bei späterem Wahlrechtsschacher der Herrschenden und Privilegierten der

Geäffte und Geprellte

sein!

Arbeiter! Handwerker! Kleinbauern! Kleine Geschäftsleute! Kleine Beamte! Gedenkt des **infamen Verrats**, den **Konservative, Zentrum** und **Nationalliberale** an Euch verübt haben! **Haltet Abrechnung mit diesen Parteien!** Schließt Euch **einmütig** zu einer **großen unwiderstehlichen Wahlrechtsliga** zusammen!

Wollt Ihr noch länger die Schmach ertragen, daß mehr **als vier Fünftel** aller Wähler der **dritten Klasse**, der **völlig Entrechteten**, der **Heloten**, angehören?

war. Dabei war die lokale Parteiführung von vornherein darum bemüht, jegliche Eskalation schon im Keime zu ersticken. Ja sie versuchte sogar, in der Stadt offizielle Unterstützung durch entsprechende Eingaben an die städtische Kollegienversammlung zu erhalten. Derartige Resolutionen zur Unterstützung der Wahlrechtsreformen sollen auch in anderen Städten der Provinz eingebracht, von den herrschenden bürgerlichen Kreisen der kommunalen Gemeinde- und Stadtvertretungen aber brüsk zurückgewiesen worden sein.[50]

Am 13. Februar trafen sich wieder über 4.000 Menschen in Hoheluft. Auch der Landtagsabgeordnete Duus und Oberbürgermeister Todsen waren eingeladen worden, zogen es aber vor, nicht zu erscheinen. Das Referat hielt Peter Michelsen. Im Verlauf der Versammlung wurde beschlossen, Duus einfach von zu Hause abzuholen. Man zog also gemeinsam los, denn die Teilnehmer wollten es sich nicht nehmen lassen, die Delegation zu begleiten. Die Menge wurde von der Polizei begleitet, die aber nicht eingriff. Nachdem Duus in seinem Haus am Burgplatz nicht angetroffen wurde, kehrte man wieder durch die halbe Stadt zurück, um die Veranstaltung fortzusetzen.[51]

Bei der Versammlung am 10.April hingegen blieb alles ruhig. 2.000 Menschen waren erstmals auf freiem Feld zusammengekommen und lauschten den Worten des Referenten Hentschel aus Kiel und verabschiedeten am Schluß eine Resolution:

„Resolution.

Die am 10.April in Flensburg auf der Koppel bei Hoheluft stattfindende Volksversammlung erklärt, daß sowohl die Wahlrechtsvorlage der preußischen Regierung wie das Machwerk der konservativ-klerikalen Landtagsmehrheit in striktesten Gegensatz zu dem Willen der weitaus größten Mehrheit des preußischen Volkes steht.

Das preußische Dreiklassenparlament hat auch bei dieser Gelegenheit seinen volksfeindlichen Charakter offen gezeigt und muß es nunmehr auch den Gleichgültigen klar sein, daß das volksentrechtende Dreiklassenwahlrecht beseitigt werden muß, um eine wirkliche Volksvertretung in Preußen zu bekommen. Die Versammelten geloben deshalb, daß sie unermüdlich und unerschrocken den Wahlkampf weiter führen werden in dem Bewußtsein, daß die Macht der von Junkern und Pfaffen gestützten Reaktion in Preußen nur gebrochen werden kann durch Eroberung des allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle mündigen Staatsbürger."[52]

In Neumünster ging es nicht so friedlich zu. Die Ereignisse am 13. und 15. Februar eskalierten in zwei schweren Straßenkrawallen, bei denen zahlreiche Demonstranten durch das unsachgemäße und vollkommen überzogene Verhalten der Polizei zum Teil schwer verletzt wurden.[53] Verbittert über das Vorgehen der Ordnungskräfte berichtete die Volkszeitung am 14. und 15. Februar unter der Überschrift *„Der Polizeisäbel in Neumünster"*:

„So arg wie in Neumünster wurde in keiner Stadt der Monarchie von der Polizei vorgegangen. ... Oder glaubte die Polizei

Abbildung linke Seite:
Flugblatt um 1910
(Quelle: LAS 309, Nr. 12537)

[50] vgl. Flensburger Nachrichten Nr. 56, 8. 3. 1910

[51] SHVZ Nr. 38, 15. 2. 1910 und Flensburger Annoncenblatt Nr. 38, 15. 2. 1910

[52] nach Polizeimitschrift in LAS 309, Nr. 12537

sich berufen, durch ganz besonders drakonische Mittel zu demonstrieren, wie notwendig es ist, die Wahlrechtsverschlechterung zu erzwingen und der konservativen Parteiherrschaft beizuspringen? Wir nehmen an, daß sich die Polizei da in einem Irrtum befindet. Die Stadtkollegien dürfen in erster Linie berufen sein, dahin zu wirken, daß Neumünster von weiteren solcher historischer Berühmtheiten bewahrt wird.“

Was war geschehen? An drei Versammlungsorten waren am Sonntagnachmittag des 13. Februar viele tausend Menschen in der Tonhalle, im Kaiserhof und im Elysium zusammengekommen. Die Versammlungen wurden pünktlich um 4 Uhr beendet. Die Menschen strömten aus den Sälen, wurden draußen von weiteren Sympathisanten, die keinen Einlaß mehr gefunden hatten, erwartet. Bald schon formierten sich erste Demonstrationszüge.

Die Polizei hatte strikte Order erhalten, keine Menschenansammlungen auf der Straße zu dulden. Kurzerhand wurde das Gelände rund ums Rathaus abgesperrt, die Menschen zum Auseinandergehen aufgefordert und in Richtung der südlichen Stadtteile abgedrängt. Dieses nun wiederum wollten sich diejenigen, die ihre Wohnungen hinter der Polizeikette hatten, nicht gefallen lassen. Sie verlangten, durchgelassen zu werden, was aber verweigert wurde.

In der Zwischenzeit hatten sich auch hinter den Beamten Menschen zusammengefunden. Die Polizei wähnte sich eingekesselt, und der befehlshabende Offizier gab den Befehl, die Waffe zu ziehen. Die Menge, vor allem junge Männer und Frauen, ergriff sofort die Flucht. Viele jedoch wurden durch Säbelhiebe der dreinschlagenden Polizisten verletzt, zum Teil in den Rücken getroffen. Erschwerend wog dabei der Umstand, daß ein Jahr zuvor, nach einem ähnlichen Tumult in der Stadt, die Säbel nochmals scharf geschliffen worden waren, und so einige entsetzliche Blessuren davontrugen. Ein 50-jähriger Arbeiter, Vater von vier Kindern, soll einen Hieb in die Lunge erhalten haben, einem anderen wurde die Hand halb abgeschlagen. Auf der Flucht kamen Männer, Frauen und selbst Kinder zu Fall und wurden getreten. Das Fazit: Mindestens 40 Personen wurden verletzt.

Zwei Tage später organisierte die Sozialdemokratie zwei weitere Protestversammlungen, in denen scharf über das Vorgehen der Polizei geklagt und sofortige Untersuchungen verlangt wurden. Wieder eskalierten die Ereignisse, wieder griff die Polizei hart und unangemessen zu, auch wenn sie sich durch das Verhalten der vor allen Dingen jugendlichen Demonstranten provoziert fühlen konnte. Die lokalen sozialdemokratischen Parteiführer versuchten immer wieder schlichtend einzugreifen, hatten aber vollkommen die Übersicht und die Kontrolle über die Menge verloren. Nach den Zeitungsberichten soll sich dabei Folgendes abgespielt haben:

Nach der Versammlung im Conventgarten hatten vorwiegend *„halbwüchsige Burschen“* sich entgegen den Warnungen älterer und besonnener Versammlungsteilnehmer wieder zu einem Demonstrationszug zusammengeschlossen, unterstützt durch *„radaulustige Elemente, Frauen und Schulkinder“*. Der Zug

marschierte zum Rathaus, wo er schon von der Polizei erwartet wurde. Aus der Menge wurden Rufe laut wie „Bluthunde!", „Mörder!" oder „Banditen!". Die Polizei hatte sich zwar zunächst im Hintergrund gehalten und ließ sich so durch nichts provozieren. Die Situation war aber so nicht zu entschärfen, und als aus der Menge gegen 8 Uhr abends ein Schuß gefallen sein soll (wie sich später herausstellte, war dies eine Erfindung der Polizei), gingen die Beamten wiederum mit gezücktem Säbel gegen die Menschenansammlung vor.

„Unter ohrenbetäubendem Gejohle stob die Masse nach dem südlichen Stadtteile und nach dem Großflecken auseinander. Im Fliehen gaben einzelne Aufrührer sogar scharfe Revolverschüsse (?) auf die Polizei ab, während andere mit Steinen und Flaschen nach den sie verfolgenden Polizeibeamten warfen."
Das Spiel setzte sich fort. *„Kaum war die Masse zersprengt und die Polizei nach dem Platz vor dem Rathaus zurückgekehrt, als sich der Janhagel an beiden Seiten wieder ansammelte und nicht allein die gemeinen Beschimpfungen der Polizeibeamten wieder aufnahm, sondern auch aufs Neue mit Steinen und Flaschen die Beamten bombardierte."*

Wieder stürzten die Beamten heraus, wieder wurde die Menge zerteilt, wieder wurden unzählige Menschen verletzt. Die Situation wurde indes so unübersichtlich, daß der für den Einsatz veranwortliche Stadtrat Nissen nach militärischer Verstärkung senden mußte. Eine Kompanie der 163er erschien alsbald, und gegen Mitternacht waren Ruhe und Ordnung wieder hergestellt.

Im Gegensatz zu den Ereignissen am 13. Februar hatten die bürgerlichen Zeitungen ganz eindeutig Position für die Polizei bezogen. Der Berichterstatter notierte:

„Man muß im Gegensatz zum letzten Sonntag der Polizei nachrühmen, daß sie gestern Abend eine außerordentliche Mäßigung bewahrt hat; wenn trotzdem einzelne Aufrührer durch Säbelhiebe verwundet sind, so verdienen diese Elemente kein Mitleid, denn nicht wie Menschen, sondern schlimmer als Banditen haben sie sich betragen und dadurch zugleich den Tausenden vernünftiger Arbeiter, die nach den Versammlungen ruhig nach Hause gingen, den schlimmsten Streich gespielt."

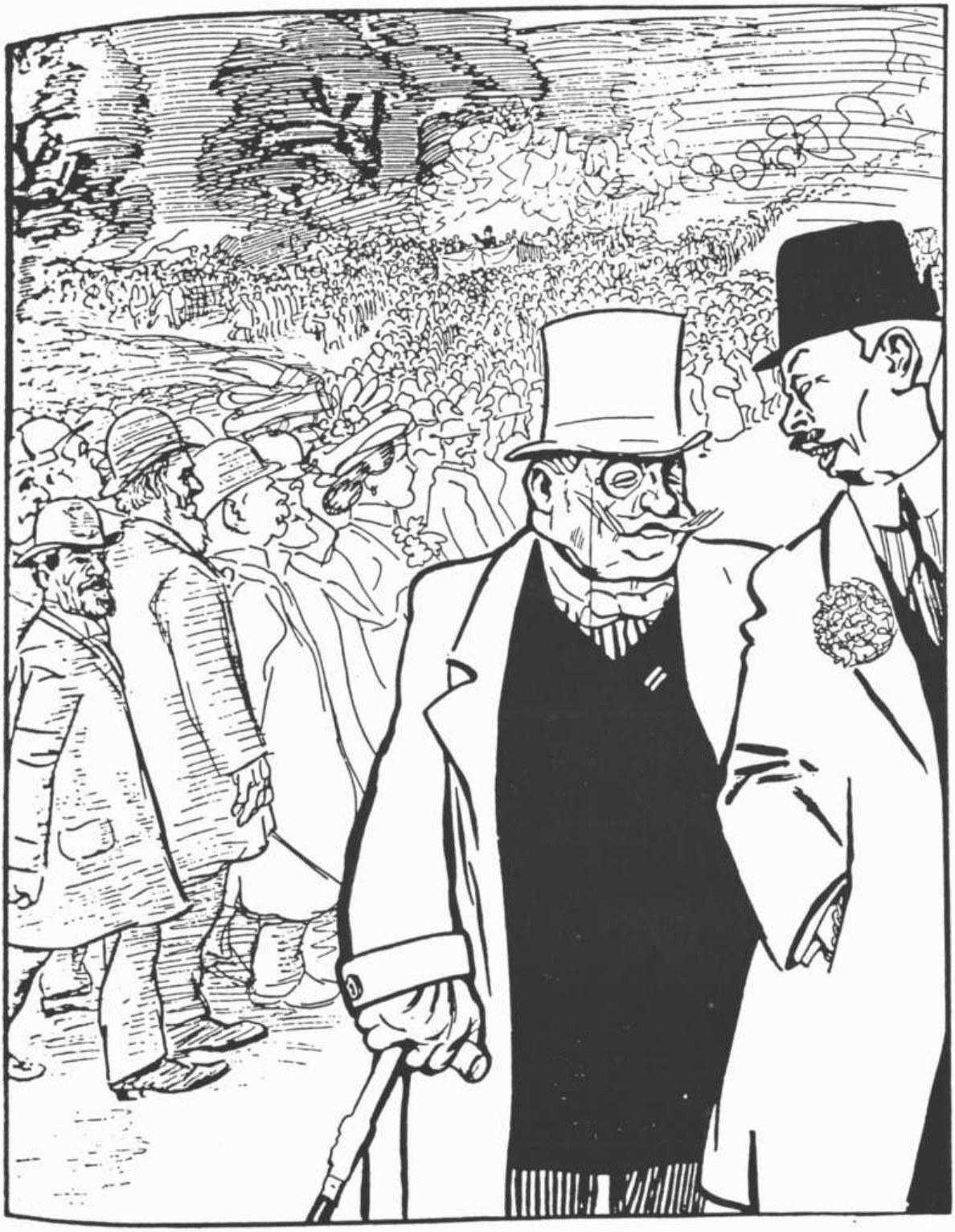
Da war er wieder, der Pöbel, der Janhagel, der in seinem Zorn und in seiner Ohnmacht alles Kurz und Klein schlagen wollte und den Kampf mit den Ordnungsmächten aufnahm. Der gemeinsamen Sache wurde dadurch natürlich immenser Schaden zugefügt, doch das interessierte in der Situation natürlich niemanden. So war es denn für die herrschenden bürgerlichen Mächte im Rathaus leicht, einfach zur Tagesordnung überzugehen. Da weiter Unruhen befürchtet wurden, verbot man kurzerhand jede weitere Versammlung oder Kundgebung in der Stadt. Überall patroullierten Polizisten, und aus Schleswig reiste eine Kommission aus dem Regierungspräsidium an, um weitere Untersuchungen anzustellen.

Auf der Sondersitzung des Magistrats erhielt die Polizei indes volle Rückendeckung. Oberbürgermeister Roer sprach dem verantwortlichen Stadtrat Nissen das Vertrauen aus, andere Ratsmitglieder beteiligten sich gar nicht an der Aussprache und

[53] Die Ereignisse werden geschildert nach den Zeitungsberichten im Holsteinischen Courier, Nr. 37-42 vom 14.-19. 2. 1910 der SHVZ Nr. 38-43 vom 15.-20. 4. 1910 und LAS 301, Nr.2327

Staatsmännische Witterung.

Zeichnung von M. Engert.



„Donnerwetter! Ein gut Stück Kultur haben die Sozialdemokraten dem Pöbel doch beigebracht!"
„Das ist ja gerade das Gefährlichste an dieser ganzen infamen Hetze!"

Schleswig-Holsteinische Landpost

Blatt für jedermann auf dem Lande

Nr. 4. | April 1910 | 3. Jahrg.

Das freie Wahlrecht!

Das freie Wahlrecht ist das Zeichen,
In dem wir siegen; nun wohlan!
Nicht predigen wir Haß den Reichen,
Nur gleiches Recht für jedermann!

Die Lieb' soll uns zusammenketten,
Wir strecken aus die Bruderhand,
Aus geist'ger Schmach das Vaterland,
Das Volk vom Elend zu erretten!

Der Wahlrechtskampf.

Revolution in Preußen! Nicht die Revolution mit Dreschflegeln und Heugabeln, die die Herrschenden immer wieder an die Wand malen, um das Volk vor den Aufklärern bange zu machen, sondern die Revolution der Geister! Jahrzehnte lang hat sich das Volk in politische Knechtschaft schlagen lassen, hat es sich unter politischen Zuständen geduckt, die nichts anderes bedeuten als die absolute Herrschaft der kleinen aber rücksichtslosen Klasse der preußischen Junker. Jetzt revoltiert das Volk gegen diese Herrschaft. Millionen Volksgenossen sehnen sich nach politischer und wirtschaftlicher Freiheit. Es geht wie ein Frühlingswehen durch das stockkonservative Preußen, das wie ein dunkler Fleck in der politischen Karte Europas liegt. Und Sehnsucht und Ungestüm treiben die Millionen zur Tat. Sie erheben ihre Stimme, sie steigen zu gewaltigen Zügen auf die Straßen, um öffentlich ihren Willen kund zu geben: nicht zu ruhen und zu rasten, bis auch in Preußen die politische Freiheit Licht und Dunkel dringt.

Das ist der preußische Wahlrechtskampf, der Kampf um das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht!

Der Kampf begann mit der Beteiligung der Sozialdemokratie, der politischen Vertretung des arbeitenden Volkes, an den Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhause. Das war im Jahre 1903. Trotzdem die Sozialdemokratie die weitaus größte Stimmenzahl von allen Parteien aufbrachte, wurde keiner ihrer Kandidaten als Abgeordneter gewählt. Die Arbeiterschaft war also trotz ihrer Wahlbeteiligung nach wie vor nicht im preußischen Parlament vertreten. Diese Wahlbeteiligung hat aber die ganze Niederträchtigkeit des preußischen Dreiklassenwahlrechts enthüllt. Der Kampf der Arbeiterschaft gegen dieses politische Ungeheuer setzte ein. Bei der Wahl im Jahre 1908 war es möglich, trotz aller Tücken der Dreiklassenwahl, 7 sozialdemokratische Abgeordnete in den preußischen Landtag zu wählen.

Die steigende Erbitterung im Volke zwang der Regierung das Versprechen einer Wahlrechtsreform ab. Der Landtag wurde im Jahre 1908 mit einer Thronrede eröffnet, in der dem preußischen Volke versprochen wurde, daß eine organische Fortentwicklung des Wahlrechts stattfinden solle und diese Reform solle die dringlichste Aufgabe der Gegenwart sein. Bis zu Beginn des Jahres 1910 hat es dann noch gedauert, ehe die preußische Regierung ihre Wahlrechtsvorlage veröffentlichte. Aber was war das für eine Reform? Das war keine Wahlrechtsreform, das war ein Wahlrechtsscheusal. Die Dreiklassenteilung der Wähler und die infame öffentliche Abstimmung sollten bestehen bleiben, also gerade das, was die besonderen Niederträchtigkeiten des preußischen Wahlsystems ausmacht. Nur die indirekte Abstimmung sollte durch die direkte ersetzt werden. Dafür aber sollte eine große Anzahl von Wählern aus der Klasse herausgehoben werden, in die sie nach ihrer Steuerleistung gehörte, und in eine höhere Klasse kommen. Die Wähler, denen ein solches Vorrecht zu

Abbildungen vorherige Seiten:

1. Fundort: Der Wahre Jacob, 24

2. Die erste Seite der „Landpost" vom April 1910, die im ganzen Land verteilt wurde.
(Quelle: LAS 309, Nr. 12537)

blieben die ganze Zeit über stumm. Den Anklagen der SPD-Stadtvertreter wurde zwar (zähneknirschend) zugehört, jedoch keine Konsequenzen gezogen. Im Gegenteil, wie zum Hohn und um die Arbeiterbevölkerung der Stadt nun vollends zu desavouieren, hatte Stadtrat Nissen die Anweisung erteilt, die Polizei mit Armeerevolvern zu versorgen.

Der Text dieser Bekanntmachung erschien in den Zeitungen.

„Bekanntmachung
In Anlaß der letzten Unruhen habe ich die Exekutiv Polizeibeamten mit Armeerevolvern bewaffnet.
Unter Hinweis auf die §§ 115 und 116 des Strafesetzbuches warne ich jedermann, Menschenansammlungen sich anzuschließen.
Neumünster, 18.Februar 1910
Die Polizeibehörde"

Trotzdem, nur wenig später wurde allen deutlich, daß sich auch in Neumünster die Sozialdemokratie durchgesetzt hatte. Die für den 10. April vom Gewerkschaftskartell einberufene Versammlung unter freiem Himmel wurde genehmigt und verlief friedlich. Ein Demonstrationszug von annähernd 3.000 Teilnehmern zog nach Schluß der Versammlung quer durch die Stadt, dabei natürlich argwöhnisch beobachtet von der bestens ausgerüsteten Polizei. Vor dem Rathaus und der Wohnung des Oberbürgermeisters wurden Hochrufe auf das allgemeine und freie Wahlrecht ausgestoßen. Wenn es den Beamten zu unübersichtlich wurde, forderten sie zum Weitergehen auf, ein Befehl, der jedesmal bereitwillig befolgt wurde. Zwar wurden verschiedentlich Teilnehmer kurz angehalten und die Namen notiert. Die Maßnahme aber erwies sich als vollkommen überzogen. Bald waren Straße und Plätze der Stadt wieder frei, die Menschen nach Hause zurückgekehrt und Ruhe und Ordnung wieder eingezogen.[54]

Fazit: Das Dreiklassenwahlrecht konnte durch die Aktionen der Sozialdemokratie und der Arbeiterbevölkerung Preußens auf diese Weise nicht abgeschafft werden. Gemeinsam jedoch haben Arbeiter in der Zeit zwischen 1906 und 1910 erstmals das Mittel der Straßendemonstration erprobt und im politischen Tageskampf erfolgreich durchgesetzt. Aber — und auch das muß gesagt werden — nach wie vor blieb die Parteiführung uneinig und skeptisch bei der Mobilisierung der Massen. Massenstreikaktionen wurden weiterhin strikt abgelehnt. Die „Masse Mensch" war ihr unheimlich.

Franz Mehring notierte auf dem Höhepunkt der Ereignisse im Februar 1910: *„Wenn der praktische Wert solcher Straßenkundgebungen angezweifelt worden ist, so mag man dahingestellt sein lassen, ob dabei süffisante Superklugheit oder andere weniger respektable Gründe mitspielen. Tatsächlich haben sich von jeher Straßenkundgebungen als eine wirksame Waffe entrechteter und unterdrückter Massen bewährt, wofür die englische und die französische Geschichte reichliche Beweise liefern, und die Wirkung, die die Kundgebungen der deutschen Arbeiterklasse vom vorigen Sonntag auf die Todfeinde gehabt haben, spricht für alles andere eher dafür, daß sie wirkungslos gewesen sind."*[55]

[54] Holsteinischer Courier Nr. 83, 12. 4. 1910

[55] geschrieben am 19. 2. 1910, erschienen in: Die Neue Zeit, 28. Jg. 1909/10, S. 769 ff zit. nach Franz Mehring,Gesammelte Werke a. a. O., S. 490